E&W

Erziehung & Wissenschaft 03/2018
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

6 %

Tarifrunde Bund und Kommunen 2018

Wir fordern 6 Prozent mehr Gehalt

Foto: WSI

THORSTEN SCHULTEN

Lage günstig wie selten

Die Tarifrunde 2018 verspricht schon heute eine ganz besondere zu werden. Kaum jemals waren die ökonomischen Rahmenbedingungen günstiger als in diesem Jahr: Die Wirtschaft boomt, die Auftragsbücher sind voll und die öffentlichen Haushalte verkünden immer neue Einnahmerekorde. Vor diesem Hintergrund sind die 6 Prozent Lohnerhöhung, die die Gewerkschaften in diesem Jahr in fast allen Branchen fordern, keineswegs besonders hoch gegriffen.

Kräftige Lohnzuwächse sind dabei nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch ökonomisch sinnvoll, geht von ihnen doch ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Konsumnachfrage aus. Dieser ist nötig, um die gute wirtschaftliche Entwicklung zu verstetigen. Auch international wird derzeit sehr genau auf die Tarifentwicklung in Deutschland geschaut – kräftige Lohnsteigerungen tragen dazu bei, dass die Bundesrepublik mehr importieren und damit die Konjunktur in anderen Ländern unterstützen kann. Als Exportweltmeister muss Deutschland ein unmittelbares Interesse daran haben, dass die Wirtschaft auch in anderen Ländern gut läuft. Höhere Löhne hierzulande sind demnach auch ein notwendiger Beitrag zu einer ausgeglicheneren Handelsbilanz.

Die Tarifrunde in der Metallindustrie hat mit einer vereinbarten Abschlussrate von 4,3 Prozent bereits eine wichtige Orientierungsmarke gesetzt. Gerade im öffentlichen Dienst kommt es nun darauf an, dass der Abstand zu den Industriebeschäftigten nicht wieder größer wird. Nur so lässt sich sicherstellen, dass sich auch in Zukunft genügend Menschen für einen Beruf in der öffentlichen Daseinsvorsorge entscheiden. Dies gilt in besonderem Maße für den Sozial- und Erziehungsdienst sowie das Gesundheitswesen. Hier sind die Beschäftigten im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Industrie deutlich unterbezahlt, der vielbeschworene Fachkräftemangel ist schon heute sichtbar.

In vielen Branchen geht es in der aktuellen Tarifrunde auch darum, vor allem die unteren Lohngruppen besonders zu fördern. Nachdem lange Zeit die Unterschiede zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen eher zugenommen haben, lassen sich in den vergangenen Jahren immer häufiger Ansätze für eine solidarische Lohnpolitik beobachten. So fordern die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst 6 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 200 Euro, was für die untersten Lohngruppen eine Erhöhung von bis zu 11 Prozent bedeuten würde. Auch im Abschluss der Metallindustrie gibt es mit einem ab 2019 vereinbarten Festgeldbetrag von 400 Euro pro Jahr eine wichtige soziale Komponente.

Darüber hinaus deutet sich schon heute an, dass mit der Tarifrunde 2018 eine Renaissance der tariflichen Arbeitszeitpolitik eingeleitet werden dürfte. Dabei geht es neben der Sicherung kollektiver Arbeitszeitstandards auch zunehmend um individuelle Wahloptionen und Zeitsouveränität. Nachdem bei der Deutschen Bahn bereits Ende 2016 erstmals tarifvertraglich ein Wahlmodell vereinbart wurde, bei dem sich die Beschäftigten zwischen mehr Geld oder geringerer Arbeitszeit entscheiden können, ist auch in der Metallindustrie ein ähnliches Modell beschlossen worden. Hinzu kommt, dass ein Recht auf eine befristete Arbeitszeitverkürzung festgeschrieben wurde, das faktisch ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle beinhaltet. Im öffentlichen Dienst wird ähnlich wie in der Metallindustrie ein Schwerpunkt auf Beschäftigte mit besonders belastenden Arbeitszeiten gelegt: So sollen vor allem Beschäftigte in Schichtarbeit zusätzliche freie Tage erhalten.

Schließlich ist für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst auch die geforderte Laufzeit von zwölf Monaten von besonderer Bedeutung. Ist damit doch die Hoffnung verbunden, die Tarifbewegungen von Bund und Kommunen und den Ländern endlich wieder zusammenzuführen.

Prof. Thorsten Schulten,
Leiter des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung,
Honorarprofessor an der Universität Tübingen

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Lage günstig wie selten — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Tarifrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen
1. Interview mit Erzieher Alessandro Novellino: „Geld ist genug da!“ — Seite 6
2. Die Forderungen: Kein Grund zur Bescheidenheit! — Seite 8
3. GEW-Kommentar: „Endlich wehrt ihr euch!“ — Seite 13
4. Porträt der Kita-Leiterin Erni Schaaf-Peitz: Ein Leben für die Bildung — Seite 14

Bildungspolitik
1. Faktencheck: Wie viel Bildung steckt im Koalitionsvertrag? — Seite 16
2. GEW-Kommentar zum Koalitionsvertrag: Schritte, keine Offensive — Seite 18
3. Interview mit PISA-Forscherin Doris Wittek: Gesamtpaket ist entscheidend — Seite 23

Länderserie Fachkräftemangel
Hamburg: Kopfloses Headhunting — Seite 19

Schule
1. Tagung zur digitalen Welt in Schule und Unterricht: Big Data in der Bildung — Seite 25
2. Filmrezension „Die Grundschullehrerin“ — Seite 28
3. Streitpunkt Hausaufgaben: „Eltern sollten keine Hilfslehrer sein“ — Seite 30
4. Kletter-AG für alle: „Inklusion andersherum“ — Seite 32
5. Filmrezension „Das schweigende Klassenzimmer“ — Seite 38

Internationaler Frauentag
Paragraf 219a: Geschichte einer Zumutung — Seite 26

GEW-Intern
1. Nachruf auf André Dupuis: Immer einen Schritt voraus — Seite 33
2. Deutscher Personalräte-Preis: „Wir waren der Motor!“ — Seite 42

Jugendhilfe
Jugendprojekt „Circus Waldoni“ in Hessen: Zirkus macht stark — Seite 34

Hochschule
Science Slams: Im Licht der Diskokugel — Seite 36

Weiterbildung
Bildungsarbeit mit Älteren: Zukunftsfach Geragogik — Seite 39

fair childhood
Schülerfirmen: Fair handeln lernen — Seite 40

Leserforum — Seite 43

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 70. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ivw

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

100 Jahre Frauenwahlrecht!

Unter dem Motto „100 Jahre Frauenwahlrecht“ erinnern die DGB-Frauen am internationalen Frauentag an den langen und zähen Kampf um die rechtliche Gleichstellung. Im November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten – die damalige provisorische Regierung – ein Gesetz erlassen, mit dem Frauen erstmals das aktive und passive Wahlrecht erhielten. Doch erst 1949 fand dieser historische Durchbruch Eingang ins Grundgesetz (GG). „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, heißt es in Artikel 3. Seitdem gelte es, so die Gewerkschafterinnen in ihrem Aufruf zum Internationalen Frauentag am 8. März, auch die „tatsächliche Gleichstellung“ der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen. 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sei das deutsche Parlament „so männlich wie seit 20 Jahren nicht mehr“, kritisiert DGB-Vize-Vorsitzende Elke Hannack. Lediglich ein Drittel der Bundestagsabgeordneten seien Frauen. Zugleich stünden Frauen vor ungelösten Arbeitszeitproblemen, würden frauendominierte Berufe immer noch schlechter bezahlt, hätten Frauen geringere Karrierechancen und am Ende eine kleinere Rente als Männer. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in wirtschaftlicher Unabhängigkeit, wofür die Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechts den Grundstein gelegt haben, müsse weiter vorangetrieben werden (s. S. 26 f.). Eine „tatsächliche Gleichstellung“ ohne Arbeitszeit-, Entgelt- oder Rentenlücken stehe noch aus!

Lehrkräftemangel alarmiert

Der Lehrkräftemangel an Grundschulen spitzt sich dramatisch zu. Das ergibt sich aus Zahlen, die die Wissenschaftler Klaus Klemm und Dirk Zorn in der Studie „Lehrkräfte dringend gesucht – Bedarf und Angebot für die Primarstufe“ für die Bertelsmann Stiftung ermittelt haben. Demnach fehlen nach Angaben der beiden Bildungsforscher bis 2025 rund 35.000 Lehrkräfte für die ersten Schuljahre. Klemms und Zorns Berechnungen zufolge müssten bis 2025 knapp 105.000 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Die Universitäten könnten bis dahin aber nur 70.000 Absolventen ausbilden. Angesichts dieser dramatischen Lage sollen nach Ansicht der GEW vor allem die Kultusministerien stärker um Quer-und Seiteneinsteiger (Akademiker, die ohne Lehrerausbildung in den Schuldienst kommen) werben. Die Neueingestellten müssten allerdings „sofort berufsbegleitend nachqualifiziert und durch Mentoring-Programme unterstützt werden“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Dafür müsse es, so Tepe, bundesweit einheitliche Standards geben. Tepe forderte zugleich, die Ausbildungskapazitäten „deutlich hochzufahren“. Werde jetzt nicht effektiv gegengesteuert, verschärfe sich die Situation bis 2025, ja sogar bis 2030 noch. Die GEW geht nach einer Erhebung für „Frontal 21“ davon aus, dass schon jetzt bundesweit rund 2.000 Lehrkräfte an Grundschulen fehlen.

KMK reagiert positiv auf GEW-Angebot

Besuch in Berlin, Ende Januar: Aus Anlass des massiven Lehrkräftemangels in allen Bundesländern trafen sich der Geschäftsführende Vorstand der GEW mit Marlis Tepe an der Spitze und die Landesvorsitzenden zu einem Gespräch mit der Kultusministerkonferenz (KMK). Tepe bot der KMK und den Kultusministern die Zusammenarbeit mit der Bildungsgewerkschaft an. Die Personalnot an den Schulen wolle man sozialpartnerschaftlich lösen. KMK-Generalsekretär Udo Michallik reagierte positiv auf die angebotene Kooperation.

Foto: Kay Herschelmann

Die GEW im Gespräch mit der KMK in Berlin

Gutachten prangert Besoldung an

„Die schlechtere Bezahlung der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte in Hamburg ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar“, sagt Hamburgs GEW-Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze. Mit Hinweis auf das im Februar vorgelegte Rechtsgutachten des Würzburger Rechtswissenschaftlers Ralf Brinktrine forderte die Gewerkschafterin den Senat der Hansestadt auf, „sofort alle Grund- und Mittelstufenlehrkräfte nach Besoldungsstufe A13 bzw. Entgeltstufe E13 zu bezahlen“. Die GEW werde dafür alle notwendigen rechtlichen und politischen Schritte einleiten (s. Serie Fachkräftemangel Seite 19 ff.). Nach Einschätzung Brinktrines ist die unterschiedliche Eingruppierung der Lehrkräfte an Grundschulen einerseits sowie etwa an Gymnasien andererseits aufgrund der auch im nördlichen Stadtstaat einheitlichen Lehrerausbildung „nicht mehr überzeugend sachlich zu rechtfertigen“. Die Einstufungsdifferenz der Lehrämter stehe „mit dem Alimentationsgesetz sowie dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht mehr im Einklang“. Der Gesetzgeber müsse besoldungsrechtlich reagieren, wenn die Unterschiede zwischen den Lehrämtern durch veränderte Laufbahn- und Ausbildungsvorschriften verblassen, verlangte die GEW-Landeschefin.

Aktionen gegen Rassismus

Rassistische Einstellungen sind kein rechtsextremes Randphänomen, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert – das zeigen auch die Wahlerfolge der AfD. Die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“, die vom 12. bis 25. März bundesweit stattfinden, wollen ein Zeichen für Menschenwürde und -rechte setzen. Bildung hat bei der Bekämpfung des Rassismus eine zentrale Aufgabe: Sie soll Heranwachsende dazu befähigen, sich mit rassistischen und nationalistischen Denk- und Handlungsmustern kritisch auseinanderzusetzen. Die GEW, Kooperationspartnerin der Aktionswochen, ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich mit Aktivitäten, Veranstaltungen und Lesungen zu beteiligen. Weitere Infos und Materialien unter: www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de und www.gew.de/antirassismus

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine Moonstone Powerbank.*

Prämie des Monats März:

Moonstone Powerbank

Die starke Akkuladung im Hosentaschenformat. Mit zwei USB-Anschlüssen, Ladestandanzeige und genügend Leistung für mehrfaches Handyaufladen.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats März 2018/Moonstone Powerbank

Alessandro Novellino arbeitet als Erzieher in einer kommunalen Kindertagesstätte in Mainz. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Bundesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW.

Foto: privat

„Geld ist genug da!“

// Vor der Tarifrunde für die bei Bund und Kommunen im öffentlichen Dienst Beschäftigten: Der Erzieher und stellvertretende Vorsitzende der GEW-Bundesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe, Alessandro Novellino, erzählt, wie er und andere sich vorbereiten. Ohne gute Bedingungen, sagt er, könnten Pädagoginnen und Pädagogen ihre Arbeit nicht gut machen. //

E&W: Immer wieder hört man, wie schwer die Arbeit in den sozialen Berufen ist. Zu wenig Personal, Arbeitsverdichtung, Häufung berufsbedingter Erkrankungen. Das klingt nicht sehr reizvoll. Wieso sind Sie Erzieher geworden?

Alessandro Novellino: Zum einen ist es mir wichtig, mich aktiv gegen Benachteiligungen einzusetzen. Für mich sind die Kindertagesstätten und die frühkindliche Bildung ein zentraler Baustein für eine offene, inklusive und gerechte Gesellschaft. Die Kitas sind die Wiege der Demokratie. Zum anderen identifiziere ich mich als Bürger mit dieser Stadt. Ich bin durch und durch Mainzer. Da hatte ich den Wunsch, der Stadt etwas zurückzugeben und in den öffentlichen Dienst zu gehen. Das war ein für mich logischer Schritt. Außerdem hatte ich das Glück, dass es in meinem Stadtteil Gonsenheim ein sehr gutes Jugendzentrum gibt. Eines Tages hat mich der Sozialarbeiter zur Seite genommen und meinte, ich solle es doch einmal ausprobieren. Ich habe also auch einen Schubs in die richtige Richtung bekommen.

E&W: Seit wann und warum sind Sie in der GEW?

Novellino: Ich bin zu Beginn meiner Berufstätigkeit 2012 eingetreten; die Gewerkschaftsmitgliedschaft gehört für mich dazu. Wir müssen uns organisieren, weil auch die Arbeitgeber es tun. Man braucht jemanden, der einem den Rücken stärkt, und einen Ort, an dem man Unterstützung findet und Impulse bekommt.

E&W: Welches sind die drängendsten Probleme in Ihrem Arbeitsbereich?

Novellino: Neben der Personalbemessung, die aktuell keine Tarifforderung sein kann, und dem Ausbau der Qualität muss der Erzieherberuf attraktiver werden, um den Fachkräftemangel zu beheben. Es ist doch jetzt schon so, dass Kommunen und Träger keine Erzieherinnen und Erzieher mehr finden.

E&W: Aber ausgebildet werden diese doch, oder?

Novellino: Ja, aber viele überlegen sich schon auf der Fachschule ganz genau, ob sie in die Praxis mit den genannten Problemen einsteigen oder zur Hochschule gehen. Im Ergebnis kommen immer weniger ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher von der Fachschule in den Einrichtungen an.

E&W: Die letzte große Tarifbewegung im Sozial- und Erziehungsdienst gab es 2015. Wie haben Sie das damals erlebt?

Novellino: Das war meine erste große Tarifauseinandersetzung. Das Ausmaß und dass mehrere Wochen gestreikt wird, damit hatte ich vorher nicht gerechnet. Im Ergebnis sind wir, sind unsere Sorgen und Probleme in unseren Berufen viel sichtbarer und wahrnehmbarer geworden. Auch das Miteinander hat sich zum Positiven verändert. Und, vielleicht am Wichtigsten: Wir Erzieherinnen und Erzieher wurden als Teil einer Bildungskette verstanden und sind uns unserer eigenen Bedeutung bewusster geworden.

E&W: Wie bereiten Sie sich auf die beginnende Tarifrunde vor?

Novellino: Ich spreche viel mit den Kolleginnen und Kollegen, erkläre die beschlossenen Forderungen, die Gehaltserhöhung um 6 Prozent. In den Gesprächen höre ich auch, wie die Stimmung im Kollegium ist. Wir diskutieren Fragen wie die nach stundenweisen Streiks oder ganztägigen Warnstreiks. Und: Wie nehmen wir die Eltern mit? Auch Gespräche mit den Eltern gehören selbstverständlich dazu. Im März beginnt dann die praktische Begleitung der Tarifrunde.

E&W: Wie gehen Sie mit dem Gegensatz um, einerseits bewusst mit Menschen zu arbeiten, die Sie andererseits „sitzenlassen“, wenn Sie und andere die Arbeit niederlegen?

Novellino: Das ist ein Dilemma für alle, die in sozialen Berufen tätig sind. Wir produzieren ja nichts, bei uns kann man nicht einfach das Band stoppen. Wir arbeiten mit Menschen, mit Emotionen, Bedürfnissen – und wir arbeiten auf der Beziehungsebene. Es sind aber auch die anderen Bereiche des öffentlichen Dienstes aufgerufen, sich an den Warnstreiks zu beteiligen. Das ist das Mittel, das wir haben, um den nötigen Druck aufzubauen. Und: Pädagoginnen und Pädagogen benötigen für qualitatives Arbeiten neben einer bestimmten Haltung eben auch gute Rahmenbedingungen. Sonst kann man seine Arbeit nicht gut machen. Es geht also um ein Grundrecht, das wir wahrnehmen müssen. Wir sind Teil des öffentlichen Dienstes – und dieser öffentliche Dienst ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass unsere Gesellschaft funktioniert. Darum müssen wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass sich die Bedingungen verbessern und die Forderungen erfüllt werden. Geld ist genug da!

Interview: Jörg Meyer,
freier Journalist

Kein Grund zur

Jo Göbel,
Schulsozialarbeiterin,
Frankfurt am Main

Foto: Kay Herschelmann

„Im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) gibt es viele freie Träger ohne Tarifbindung. Mein Träger bezahlt nach Tarif, will aber keinen Tarifvertrag abschließen. Ein großes Problem im SuE ist die Arbeitsverdichtung. Es gibt immer mehr Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, doch das geht nicht mit steigenden Finanzmitteln und wachsender Personalzahl einher. Immer mehr Aufgaben lasten auf immer weniger Schultern. Dafür müssen wir besser bezahlt werden.“

// **Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern eine Lohnsteigerung um 6 Prozent, mindestens aber 200 Euro. Der Tarifvertrag soll ein Jahr laufen. In den vergangenen Tarifrunden wurden deutliche Reallohnsteigerungen durchgesetzt. Wäre es angesichts dessen nicht Zeit für Zurückhaltung?** //

Wir meinen: nein, ganz im Gegenteil. Warum sollten die Beschäftigten bescheiden sein, wenn die Wirtschaft brummt und die Steuereinnahmen sprudeln? Warum sollten sie bescheiden sein, wenn der Reichtum im Land immer ungleicher verteilt wird – zu Lasten der Lohneinkommen? Warum auf angemessene Lohnsteigerungen verzichten, wenn die öffentlichen Haushalte Überschüsse verbuchen, während es an allen Ecken und Enden an qualifizierten Fachkräften fehlt? Es gibt keinen Grund zur Bescheidenheit, sondern viele gute Gründe, die Gehälter im öffentlichen Dienst kräftig zu erhöhen (s. S. 2). Es kommt nicht oft vor, dass die Gewerkschaften von großen internationalen Unternehmensberatungen Argumente geliefert bekommen. Umso bemerkenswerter, dass die Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC) in einer Prognose 2017 errechnete, dass der öffentliche Dienst vom Fachkräftemangel noch mehr als andere Branchen betroffen sein werde*. Die Generation der Babyboomer, die bis 2030 in den Ruhestand geht, wird demnach im öffentlichen Dienst für einen Generationenwechsel sorgen, der weit über die übliche Fluktuation hinausgeht (s. Grafik 1, S. 11). Und das in einem Umfeld, in dem die Aufgaben und damit die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer komplexer werden. Der Staat, mahnt PwC, müsse Geld investieren, um Gehaltsstrukturen anzupassen, Digitalisierungsprojekte voranzutreiben und aktiv für seine Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu werben. Zudem fordern die Unternehmensberater eine wertschätzende Vertrauenskultur statt Kontrolle. Damit stehen sie nicht allein. Bereits 2012 mahnte die Unternehmensberatung McKinsey: Nachwuchsprobleme bedrohten die Handlungsfähigkeit vieler Verwaltungsbehörden.

110.000 Stellen fehlen

Der Bedarf ist da: Nach Jahren des Personalabbaus steigt zwar die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst seit 2011 wieder leicht an – allerdings nicht genug, wie eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) von 2016 deutlich macht**. Um dem Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen gerecht zu werden, wäre ein Personalaufwuchs nötig, der weit darüber hinausgeht, jene Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen, die in den Ruhestand gehen. Insgesamt fehlen den Berechnungen der HBS zufolge mindestens 110.000 Vollzeitstellen. Besonders groß sei die Not bei der Kinderbetreuung und in den Finanzverwaltungen, aber auch bei der Polizei und im Schulbereich. Die Bertelsmann Stiftung kam 2016 zu dem Ergebnis, deutschlandweit fehlten allein in Kindertagesstätten über 100.000 Vollzeitstellen, um eine umfassende Betreuung bei angemessenem Personalschlüssel zu gewährleisten***.

Bescheidenheit!

Die öffentlichen Arbeitgeber wissen genau, dass sie attraktiver werden müssen. Sie geben viel Geld für eine Imagekampagne mit dem Titel „Die Unverzichtbaren“ aus: „Hier erfahrt Ihr, was Deutschlands größter Arbeitgeber so alles zu bieten hat und wie Ihr selbst zu den Unverzichtbaren werden könnt, die dafür sorgen, dass unser Staat funktioniert“, heißt es auf der Startseite****. Wenn es jedoch darum geht, die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, stehen sie auf der Bremse. Dann sind sie nicht bereit, das Befristungsunwesen einzudämmen – hier ist der öffentliche Dienst weiterhin trauriger Spitzenreiter. Dann fehlt es ihnen an Fantasie, den Generationenwechsel so zu gestalten, wie es andere Branchen längst vorgemacht haben: etwa mit Entlastungen für ältere Kolleginnen und Kollegen, damit diese gesund bis zur Rente kommen, sowie mit Qualifikations- und Entwicklungsangeboten für die Jüngeren.

Auch wenn es ums Gehalt geht, ist der öffentliche Dienst weiter im Hintertreffen. Bezogen auf das Basisjahr 2000 stiegen die Tariflöhne nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der HBS in der gesamten Wirtschaft bis 2016 um 44,8 Prozent, im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen dagegen nur um 40,6 Prozent. Warum sollten die „Unverzichtbaren“ auf eine Lohnentwicklung verzichten, die sich mindestens auf dem Niveau der Gesamtwirtschaft bewegt?

Zugleich liegt die Entwicklung der Lohneinkommen noch immer hinter den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurück, wenn es um die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands geht *****. Um diese Schere zu schließen, müssten die Lohneinkommen stärker wachsen als die Teuerungsrate (Inflation) plus Arbeitsproduktivität. Mit ihren Tarifforderungen wollen die Gewerkschaften diesen sogenannten „verteilungsneutralen Spielraum“ überschreiten, um eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen.

Boomende Wirtschaft

Am fehlenden Geld jedenfalls wird es nicht scheitern. Die halbjährlichen Steuerschätzungen, die die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesfinanzministeriums vornehmen, eilen seit mehreren Jahren von Rekord zu Rekord. In der Novemberschätzung wurden die Steuereinnahmen der Kommunen für 2017 gegenüber der Schätzung vom Mai um 1,8 Milliarden Euro nach oben korrigiert. Das macht im Ergebnis für 2017 ein Plus von 6,7 Prozent! Für die nächsten drei Jahre wurde die Prognose um weitere zwölf Milliarden Euro angehoben (s. Grafik 2, S. 12). Das IMK rechnet in seinem „Prognose-Update“ vom Dezember 2017 für das laufende Jahr mit

Darum geht es in der Tarifrunde 2018

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die bei Bund und Kommunen Beschäftigten:

- 6 Prozent mehr Gehalt, mindestens 200 Euro,
- die Anhebung der Jahressonderzahlung Ost auf das Niveau der West-Kommunen,
- die tarifliche Eingruppierung für angestellte kommunale Lehrkräfte im Geltungsbereich des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) – diese gibt es im Wesentlichen in Bayern,
- Laufzeit des Tarifvertrages: ein Jahr.

In der Tarifrunde verhandeln die Gewerkschaften für weit über zwei Millionen im öffentlichen Dienst beim Bund und in den Kommunen Beschäftigte. Die GEW vertritt Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie weitere Pädagoginnen und Pädagogen, die im Sozial- und Erziehungsdienst oder in anderen Bereichen arbeiten. Hinzu kommen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Forschungseinrichtungen, die nach TVöD bezahlt werden.

Insgesamt arbeiten knapp 700.000 Beschäftigte in Kitas, die meisten sind Erzieherinnen und Erzieher. Dazu zählen rund 240.000 Beschäftigte in Kitas öffentlicher Träger, für die der TVöD direkt gilt. Für freie und kirchliche Träger gilt der TVöD nicht, da diese aber überwiegend aus öffentlichen Geldern finanziert werden, orientieren sie sich ebenfalls an diesem: Viele freie und kirchliche Träger wenden den TVöD direkt an oder beziehen sich durch Haustarifverträge und Arbeitsverträge auf diesen. Bei freien Trägern ohne Tarifbindung ist das Gehaltsniveau häufig sehr viel niedriger.

Die erste Verhandlungsrunde in Potsdam hat am 26. Februar – und damit nach Drucklegung dieser E&W – stattgefunden. Die zweite und die dritte Verhandlungsrunde sind für den 12./13. März sowie den 15./16. April, ebenfalls in Potsdam, geplant.

Alle Infos zur Tarifrunde finden Sie stets aktuell auf der GEW-Website unter: www.gew.de/tarifrunde.

Hier kann man sich auch in den E-Mail-Newsletter „Tariftelegramm TVöD“ eintragen.

Ulf Rödde, Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Angela Ryll,
Heilpädagogin in einer integrativen Einrichtung, Halle-Silberhöhe

Fotos: Kay Herschelmann

„Ich bin seit Jahrzehnten Gewerkschaftsmitglied, weil es wichtig ist, dass Menschen sich einbringen. Ich habe mich immer engagiert und will auch Lautsprecher für die Leiseren sein, die sich nicht so zu Wort melden können. Von der Basis in meiner Gewerkschaftsgruppe in Halle hören wir immer wieder, dass die Betreuungsschlüssel im Sozial- und Erziehungsdienst das größte Problem seien. Die Vor- und Nachbereitungszeiten sind nicht in die Arbeitszeit eingebettet.“

einem Budgetüberschuss in Höhe von 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Aus den Koalitionsverhandlungen wurde Anfang 2018 berichtet, die erwarteten Steuereinnahmen für die nächsten vier Jahre seien erneut nach oben korrigiert worden. Der finanzielle Spielraum sei so groß wie nie zuvor.

Grundlage der guten Prognosen ist eine anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung, die nicht zuletzt durch staatliche Investitionen in die Infrastruktur und in öffentliche Dienstleistungen gestützt wird. Das gibt den privaten Unternehmen Sicherheit, damit sie ihrerseits im Inland investieren. So stiegen 2017 endlich auch die Bau- und die Ausrüstungsinvestitionen spürbar (laut IMK um 3,5 bzw. 4,3 Prozent); auch die „sonstigen Anlageinvestitionen“ – Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken sowie anderes geistiges Eigentum – legten kräftig zu. Zuvor war das Wachstum außer von privatem Konsum vor allem von Exporten getragen worden.

Regierung in der Pflicht

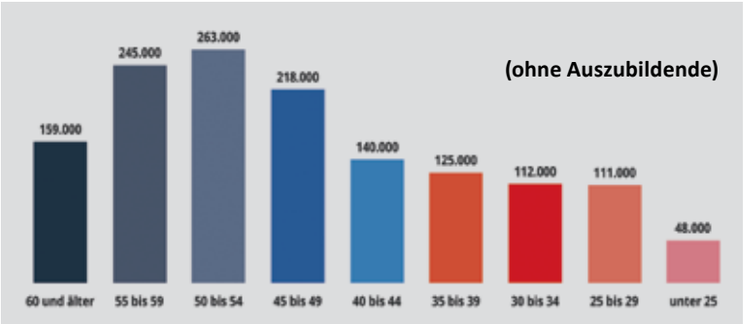
Im Koalitionsvertrag einer möglichen GroKo – bei Drucklegung der E&W lag das Ergebnis der Abstimmung der SPD-Mitglieder noch nicht vor – heißt es: „Mehr Geld für Kitaausbau, Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit. Steigerung der Qualität in der Kinderbetreuung.“ Nun kommt es darauf an, dass diese Ziele auch mit den entsprechenden Haushaltsmitteln unterfüttert werden. Dafür reichen die vom Bund zusätzlich für die gesamte Legislaturperiode in Aussicht gestellten Mittel bei weitem nicht aus (s. auch S. 16 ff.).

Weiter heißt es im Koalitionsvertrag: „Der Bund setzt sich intensiv für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. (…) Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in handlungs- und leistungsfähigen Kommunen in städtischen und ländlichen Räumen, in Ost und West.“ In der Tat stecken trotz der Überschüsse, die alle

Steve Kothe,
Sozialpädagoge,
ASB-Lehrerkooperative,
Betriebsrat, Frankfurt am Main

„Bei vielen freien Trägern gibt es bestenfalls eine Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Das führt immer wieder zu Lohndumping. Hier sind die Kolleginnen und Kollegen gefragt, sich in der Gewerkschaft zu organisieren. Tarifverträge bekommen wir nur, wenn wir gemeinsam Druck aufbauen und diese erstreiten. Wir müssen hohe Forderungen stellen, zum einen, weil es angemessen ist, und zum anderen, um das, was wir wollen, zumindest annähernd zu erreichen. Dranzubleiben und sich zu engagieren, lohnt sich.“

Grafik 1: Beschäftigte der Kommunen nach Altersgruppen



Grafik: Stefan Brasse

Quelle: Destatis, Stand: 30. Juni 2016

Kommunen in der Summe erzielen, manche Kommunen weiter tief in den roten Zahlen und können mit ihren Einnahmen nicht einmal die laufenden Ausgaben decken. Diese Schieflage zu beseitigen, ist überfällig. Nur wenn alle Kommunen wirtschaftlich handlungsfähig sind, können sie auch Gehaltssteigerungen zahlen und qualifizierte Fachkräfte gewinnen. Solange sie finanziell so klamm sind, drohen sie mit Tarifflucht und Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband. Diese Drohung wird den Gewerkschaften dann in den Tarifrunden entgegengehalten. So teilte auch der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Thomas Böhle, im Februar in einer Pressemitteilung mit: „Wir können nur Lösungen anbieten, die sich alle Kommunen leisten können und müssen die wachsende Kluft zwischen ärmeren und reicheren Kommunen berücksichtigen."

Im Koalitionsvertrag wird schließlich noch angekündigt, dass die neue Regierung im Krankenhausbereich „eine vollständige Refi-

„Der Fachkräftemangel ist bei uns ein großes Problem. Der Arbeitsaufwand steigt, weil wir auch immer mehr Verwaltungsaufgaben zu bewältigen haben, dafür aber nicht mehr Arbeitszeit aufwenden können. Die Arbeit mit den Kindern darf ja nicht darunter leiden. Noch schlimmer ist es bei den Erzieherinnen und Erziehern. Da kommt die Forderung nach mehr Personal mittlerweile vor der Forderung nach mehr Geld. Wir müssen einen guten Entgeltabschluss erreichen, damit sich der Fachkräftemangel nicht noch weiter verschärft."

FILME IM UNTERRICHT
Eine Initiative der deutschen Filmwirtschaft

Sobald man als Lehrerin oder Lehrer Filme im Unterricht einsetzen will, kommen Fragen auf:

- Welchen Film darf ich überhaupt zeigen und wovon lasse ich besser die Finger?
- Welche Rechte und Pflichten ergeben sich für mich als Lehrkraft?
- Woher bekomme ich Filme für meinen Unterricht?

Unter **www.filme-im-unterricht.de** können sich Lehrerinnen und Lehrer informieren, welche Filme sie legal im Unterricht einsetzen können.
Wir geben Informationen zum neuen Urheberrecht und nennen die Quellen für geeignete Filme.

Neues Urheberrechtsgesetz (UrhG)
mit neuen Privilegien für Schulen
ab dem 01. März 2018!

WWW.FILME-IM-UNTERRICHT.DE

Sabine Henze,
Erzieherin,
Personalrätin Stadt Teltow,
Brandenburg

„Hierzulande existiert eine Türklinken-Norm der Unfallversicherung; für pädagogische Fachkräfte gibt es aber kaum einen Schutz vor berufsbedingten Erkrankungen. Wir verbrennen Arbeitskraft. Was tun wir denn mit denen, die nach 35 Dienstjahren nicht mehr können? Wir brauchen Personalverordnungen, mit denen die Arbeitsbelastung pädagogischer Fachkräfte minimiert wird. Oder wir müssen das über den Arbeitsschutz regeln. Von der Tarifrunde erwarte ich die vollständige Angleichung der Jahressonderzahlung im Osten an das Westniveau.“

nanzierung von Tarifsteigerungen herbeiführen [wird], verbunden mit der Nachweispflicht, dass dies auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt“. Für den Kita-Bereich wird dergleichen leider nicht in Aussicht gestellt. Hier bleibt die Refinanzierung freier Träger vielerorts unzureichend. Damit besteht weiterhin der Anreiz für Kommunen, ihre Einrichtungen an private Träger zu geben, die deutlich unter Tarif zahlen. Dem setzt die GEW ihre Kampagne „Tariflohn für alle“****** entgegen.

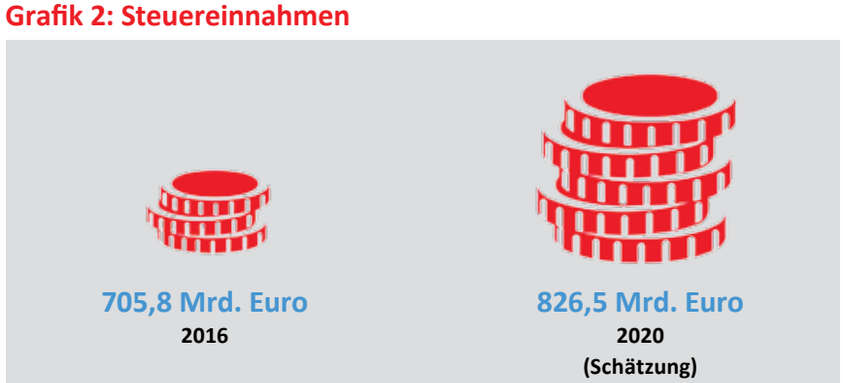
Die Arbeitgeber bezwecken mit ihrer Privatisierungsdrohung jedoch etwas anderes: Da versuchen viele Reiche sich hinter den wenigen armen Brüdern zu verstecken und rufen: „Wir haben kein Geld!“ Auf dieses Spiel werden sich die Gewerkschaften nicht einlassen. Wenn die Verteilung des reichlich vorhandenen Geldes zwischen den verschiedenen staatlichen Akteuren nicht funktioniert, muss das politisch gelöst werden – und nicht auf dem Rücken der Beschäftigten.

Wenn mehr in Bildung und in kommunale Infrastruktur wie Kitas und Schulgebäude investiert wird, ist das gut und entspricht einer langjährigen GEW-Forderung. Das Geld muss aber nicht zuletzt bei den Beschäftigten ankommen, die die Maßnahmen vor Ort mit Leben füllen sollen. Die Metallbranche hat die Messlatte hoch gelegt: Dort einigte man sich Anfang Februar auf eine Lohnsteigerung von 4,3 Prozent ab April diesen Jahres plus Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro für die Monate Januar bis März 2018. Ab 2019 erhalten die Beschäftigten ein „tarifliches Zusatzgeld“ in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsentgeltes. Beschäftigte mit Kindern, pflegebedürftigen Angehörigen oder in Schichtarbeit können dieses Zusatzgeld in acht zusätzliche freie Tage umwandeln. Das sind rechnerisch zwei Tage mehr als die 27,5 Prozent. Diese Differenz wird faktisch von den Arbeitgebern finanziert. Aufs Jahr gerechnet bedeutet der Abschluss mindestens eine drei vor dem Komma.

Alles in allem gilt: Jetzt ist nicht die Zeit für falsche Bescheidenheit im öffentlichen Dienst.

Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im GEW-Vorstandsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik
Oliver Brüchert,
Referent im GEW-Vorstandsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik

Grafik 2: Steuereinnahmen



Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzung

Grafik: Stefan Brasse

*„Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst“: bit.ly/pwc-fachkräftemangel-öd
**„Aktuelle Entwicklungstendenzen und zukünftiger Personalbedarf im öffentlichen Dienst“: bit.ly/hbs-personal-öd-PDF
***„Kita-Qualität steigt – Gefälle zwischen Kreisen und Bundesländern ist enorm“: bit.ly/bertel-kitaquali-gefälle-PM
****www.die-unverzichtbaren.de
*****„Arbeitnehmerentgelte und Gewinneinkommen in Deutschland, 1991–2016“: www.boeckler.de/wsi_67237.htm
******www.gew.de/tariflohn-fuer-alle

Foto: Kay Herschelmann

DANIEL MERBITZ

„Endlich wehrt ihr euch!“

In den Einrichtungen und GEW-Landesverbänden haben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den vergangenen Wochen und Monaten diskutiert, mit welchen Forderungen die Bildungsgewerkschaft in die Tarifverhandlungen gehen soll. Zustande gekommen sind so solide und gerechtfertigte Forderungen, die auf nachvollziehbaren Erwartungen basieren.

Nicht nur die gefühlte und belegbare Inflation macht ein Umdenken bei den Arbeitgebern nötig. Wir haben es mit einem eklatanten Fachkräftemangel zu tun, der die Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Hand zwar nicht immer einschränkt – aber doch deutlich belastet. Diese Situation wird auf dem Rücken von Kolleginnen und Kollegen ausgetragen, die in den Kindertagesstätten sowie in ganz verschiedenen Einrichtungen, von der Sozialarbeit bis zur Forschung und Wissenschaft, tagtäglich alles geben.

Zu einem attraktiven öffentlichen Dienst gehört nicht nur, aber eben auch eine gerechte und zeitgemäße Bezahlung.

Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst fordert die GEW eine deutliche Verbesserung bei den Einkommen: Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 6 Prozent, mindestens aber 200 Euro monatlich steigen. Hier muss auch die Laufzeit des Tarifvertrages in den Blick genommen werden – schließlich ist es ein erheblicher Unterschied, ob die Prozentforderung für zehn Jahre oder ein Jahr erhoben wird. Die Gewerkschaften fordern, dass der Vertrag für ein Jahr gilt – in wirtschaftlich guten Zeiten ist eine kürzere Laufzeit für die Beschäftigten besser als eine längere. Ein weiterer wichtiger Punkt: Fast drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist die Angleichung der Jahressonderzahlung Ost an die Westregelung immer noch nicht vollzogen. Es wird Zeit, auch hier die Einheit herzustellen! Ich komme selbst aus dem Osten und kenne die Arbeitgeber dort, die gern mit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband, also mit Tarifflucht, drohen oder dies gar vollziehen.

Wir haben aber noch eine Beschäftigtengruppe, die von Tarifregelungen ausgeschlossen ist. Auf Landesebene angestellte Lehrkräfte haben mit Abschluss des Tarifvertrags über eine Entgeltordnung (TV EntgO-L) endlich tariflichen Schutz erhalten – den kommunalen angestellten Lehrkräften wird dieser bisher jedoch verweigert. Bei den Kommunen angestellte Lehrkräfte an Schulen, für die der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gilt, gibt es in Bayern. Deshalb hat die GEW den Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern und auch die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Unsere Kolleginnen und Kollegen aus Bayern brauchen für ihre Auseinandersetzung die Unterstützung und Solidarität auch aus den anderen GEW-Landesverbänden.

Die Arbeitgeber übergehen gern die Tatsache, dass Bund und Kommunen auch im vergangenen Jahr ein Haushaltsplus verzeichnet haben und nach den aktuellen Prognosen weiterhin mit steigenden Einnahmen rechnen können. Dass es trotzdem noch überschuldete Kommunen gibt, liegt an einer falschen Verteilung der Staatseinnahmen.

Werden die Arbeitgeber unsere berechtigten Forderungen und Erwartungen freiwillig erfüllen? Ich habe da Zweifel. Ohne Druck und Mut zur Auseinandersetzung geht es nicht – das zeigt ein Blick in die Tarifgeschichte des öffentlichen Dienstes. Es braucht Kolleginnen und Kollegen in Einrichtungen und Betrieben, die trotz des Drucks der Arbeitgeber zusammenhalten. Und: Nein, wir wollen nicht die Eltern treffen. Wir wollen die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verbessern. Streiks fallen niemandem leicht, sie kosten Überwindung, erfordern Mut und Engagement. Die Solidarität der Eltern, der Bürgerinnen und Bürger, die sagen „Endlich wehrt ihr euch!“, haben wir.

Daniel Merbitz,
GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik

Ein Leben für die Bildung

// Ohne engagierte Praktikerinnen und Praktiker aus pädagogischen Berufen könnte die GEW kaum erfolgreich über bessere Tarife verhandeln. Eine von ihnen ist Erni Schaaf-Peitz. Die 62-jährige Erzieherin leitet seit 39 Jahren eine Kita und engagiert sich in der Tarifkommission der GEW. //

Ein kalter, grauer Tag im Februar, ganz im Westen von Deutschland. Am Rande der Straße zwischen dem Eifelstädtchen Wittlich und dem Moselort Alf liegt im Wittlicher Stadtteil Neuerburg die Kindertagesstätte, die Schaaf-Peitz leitet. Mit einer Kollegin sitzt sie an einem kleinen runden Tisch, vor ihnen schaut ein Mädchen gerade in ein Buch über Dinosaurier. Die Erzieherinnen besprechen organisatorische Details. Beide nehmen sich aber auch Zeit, als das Mädchen etwas aus dem Dinosaurier-Buch erzählen will. Die Kita Neuerburg ist sehr offen angelegt. Es gibt keine festgelegten Gruppen, sondern die Kinder können selbst entscheiden, womit sie ihre Zeit verbringen wollen. Dafür haben sie zahlreiche Räume zur Verfügung, die unterschiedliche Schwerpunkte haben. Ein Zimmer dient zum Basteln, eins ist mit allerhand Verkleidungsmaterial ausgestattet, ein anderes ist zum Ausruhen da. Im Flur finden sich viele Sitzgelegenheiten, ein kleiner künstlicher Wald und Gelegenheiten zum Klettern.

Außerdem steht dort eine Voliere mit mehreren Wellensittichen. Daneben liegt eine dicke Mappe mit Bildern von Walter; er ist einer der Wellensittiche, geschlüpft in der Kita. Allerdings hatte der kleine Sittich ein Problem: Einer seiner Füße ist verkrüppelt. Schaaf-Peitz erzählt, dass ihr schnell gesagt wurde: „Gebt ihn dem Fuchs – oder dreht ihm den Hals um.“ Das wollte die Erzieherin aber nicht, kilometerweit fuhr sie mit Walter und sorgte dafür, dass er Physiotherapie bekommt. Die Voliere wurde mit dicken Stäben ausgestattet, auf denen der Vogel sich bewegen konnte. Heute braucht Walter solche Stäbe nicht mehr, er fällt unter den Vögeln nicht auf. Die Frage, ob die Kita ein Budget für die Vögel und ihre Versorgung hat, findet Schaaf-Peitz lächerlich. „Wenn man anfängt, so zu denken, dann ist die Idee gestorben.“ Man müsse Eigeninitiative entwickeln. Heute sei das Konzept der „tiergestützten Pädagogik“ fest in der Kita verankert. Aber den Anfang müsse man selbst machen. „Wir sind ja auch für die pädagogischen Konzepte verantwortlich“, sagt die Kita-Leiterin. Die Geschichte vom kleinen Sittich erzählt viel über Schaaf-Peitz. Selber machen, Dinge anpacken und sie offensiv vertreten. Dafür steht die Frau, nicht nur, wenn es um Vögel geht, sondern auch wenn es um Pädagogik oder die Wertigkeit des Erzieherberufs geht.

Mehr als 20 Jahre GEW

1995 hat sich Schaaf-Peitz der GEW angeschlossen. Sie erzählt, dass sie sich vorher mit mehreren Organisationen befasst, aber ihr nichts so richtig gefallen habe. Dann entdeckte sie auf ihrem Schreibtisch einen mit der Schreibmaschine geschriebenen Brief des GEW-Kreisverbandes Bernkastel-Wittlich. Die Gewerkschaft lud zu einem Treffen für Erzieherinnen und Erzieher ein. Schaaf-Peitz hatte zwar Bedenken, zur „Lehrergewerkschaft“ zu gehen, fuhr dann aber doch zu dem Treffen. Daran kann sich auch Alexander Koltermann noch gut erinnern. Der pensionierte Berufsschullehrer war damals Kreisvorsitzender der GEW. Im Gespräch erzählt er, es

Foto: Christoph Boeckheler

sei ein „lebendiger Abend“ gewesen und dass Schaaf-Peitz ihm direkt als „engagierte Diskutantin“ aufgefallen sei. Noch am selben Abend sei sie mit elf weiteren Erzieherinnen in die GEW eingetreten. Seither, fügt Koltermann hinzu, vertrete die heute 62-Jährige „ihre Sache mit vollem Herzen“: Sie könne Menschen begeistern, sei eine „begnadete Rednerin“, die immer den richtigen Ton treffe. Dabei sei egal, ob es um pädagogische Konzepte oder die Ziele bei Tarifverhandlungen geht. Mit seinem Urteil ist Koltermann nicht allein. Egal, wen man fragt, alle sind voll des Lobes für Schaaf-Peitz. Eine Mitarbeiterin der Kita betont, wie viel Selbstbewusstsein für den Erzieherberuf die Leiterin vermittle.

Schaaf-Peitz hat es weit gebracht. Für die GEW sitzt sie seit 2016 in der Tarifkommission Bund und Kommunen (TK-BK). In diesem Frühjahr stehen für sie wieder viele Verhandlungstage in Berlin an. Das ist ein wichtiger Teil ihrer Arbeit. Fast noch wichtiger ist ihr aber, gute pädagogische Arbeit zu leisten. „Aus der Praxis und für die Praxis“ streitet sie, die aus einem Dörfchen in der Eifel kommt und wohl nicht unbedingt erwartet hätte, diesen Weg zu gehen.

Sebastian Weiermann,
freier Journalist

Erni Schaaf-Peitz, Leiterin der Kita Wittlich und seit mehr als 20 Jahren in der GEW aktiv: Eine „begnadete Rednerin“, die immer den richtigen Ton treffe, heißt es. Egal, ob es um pädagogische Konzepte oder die Ziele bei Tarifverhandlungen geht.

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherer diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44
Fax: 07931 5493-50
E-Mail: schmerzklinik@schmerzklinik.com

Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198

www.schmerzklinik.com

Der Koalitionsvertrag, wie ihn CDU, CSU und SPD ausgehandelt haben, könnte einiges in der Bildung verbessern. Wenn, ja, wenn eine mögliche Große Koalition noch mehr Geld bereitstellen würde.

Foto: dpa

Wie viel Bildung steckt im Koalitionsvertrag?

// Schenkt man den möglichen Regierungspartnern CDU, CSU und SPD sowie weiten Teilen der (ver)öffentlich(t)en Meinung Glauben, gehört der Bildungsbereich zu den Gewinnern der Koalitionsverhandlungen*. Doch wie viel Bildung steckt tatsächlich im Koalitionsvertrag? Ein Faktencheck. //

Vor der Bundestagswahl hatte die GEW ein Papier mit „Positionen zur Bundestagswahl 2017“** veröffentlicht und für ihre Vorschläge intensiv bei den demokratischen Parteien geworben (s. E&W-Schwerpunkt 7-8/2017). Eine Reihe dieser Forderungen findet sich jetzt im Koalitionsvertrag wieder. Das ist ein Erfolg der GEW. Wie ernsthaft und substanziell die Projekte jedoch angegangen und umgesetzt werden können, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die einzelnen Maßnahmen finanziell unterfüttert sind. Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn selbst wenn man hinzurechnet, dass durch den Startschuss mit den Bundesmitteln zusätzliche Gelder der Länder und Kommunen mobilisiert werden, sind die Projekte (bei weitem) nicht ausfinanziert. Deshalb bewertete GEW-Vorsitzende Marlis Tepe das Koalitionspapier als „kleine Schritte in die richtige Richtung“. In den Vertrag seien „mehr bildungspolitische Themen eingeflossen als bei den Jamaika-Gesprächen“. Im Einzelnen:

Die möglichen Koalitionäre wollen eine „Investitionsoffensive Schulen“, inklusive der beruflichen Schulen, starten. Dazu gehören das laufende Schulsanierungsprogramm und der Ausbau der Ganztagsschul- und -betreuungsangebote sowie der Digitalisierung. Um marode Schulen zu sanieren, hatte die alte Bundesregierung für vier Jahre bereits 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Diese Gelder sollen weiterhin fließen, zusätzliche Mittel gibt es nicht. Um den Sanierungsstau aufzulösen, sind laut der neuesten Berechnung der Kreditanstalt für Wiederaufbau jedoch rund 32 Milliarden Euro notwendig. Mit anderen Worten: Bei diesem Tempo gehen rund 30 Jahre ins Land, bis alle Schulen saniert sind. Zusätzlicher Wermutstropfen: Für die ebenfalls verfallenden Hochschulen wird es kein Programm geben.

Der Digitalisierungspakt, den Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) bereits für die vergangene Legislaturperiode angekündigt hatte, der aber nicht etatisiert war, soll jetzt endlich kommen. Fünf Milliarden Euro, 3,5 davon in den nächsten vier Jahren, werden für die bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler „auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt“ bereitgestellt. Richtig so.

Ein Meilenstein könnte der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen werden, der ab 2025 greifen soll. Für den weiteren Ausbau der Ganztagsschul- und -betreuungsangebote sind zwei Milliarden Euro eingeplant. Das kann nicht mehr als eine Anschubfinanzierung sein. Diese ist jedoch dringend erforderlich: Denn der Ausbau des Ganztags – Anfang der 2000er-Jahre von der damaligen Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) mit einem Vier-Milliarden-Bundesprogramm ins Rollen gebracht – ist heftig ins Stocken geraten (s. E&W-Schwerpunkt 1/2018).

Nicht zuletzt deshalb, weil das mit der Föderalismusreform beschlossene Kooperationsverbot in der Bildung dem Bund nicht mehr erlaubt hat, die Länder weiterhin finanziell zu unterstützen. Bei der Umsetzung kommt es jetzt jedoch auf die Qualität der Angebote an: Mit einer Halbtagsschule mit angeschlossener Suppenküche und Schülerverwahrung ist niemandem gedient. Schüler, Eltern und Pädagogen brauchen rhythmisierte Ganztagskonzepte, in denen Lehr-, Lern-, Betreuungs- und Bewegungsphasen gut aufeinander abgestimmt sind.

Möglich werden diese Projekte, weil sich die Koalitionäre in spe darauf verständigt haben, das Kooperationsverbot weiter zu lockern. Künftig kann der Bund – durch die Streichung des Wortes „finanzschwache" in Artikel 104c des Grundgesetzes – alle Kommunen mit Mitteln unterstützen. Eine allgemeine Finanzierung von Bildungsvorhaben ist damit zwar immer noch nicht möglich. Trotzdem ist das ein wichtiger Schritt, hinter dem die Einsicht steckt, dass die Einführung des Kooperationsverbotes ein politischer Fehler war, den man jetzt endlich korrigieren muss. So stellt die SPD die Einigung auch als Abschaffung des Kooperationsverbotes dar, während die CDU/CSU betont, dass die Kultushoheit aber weiterhin in den Ländern bleibe.

3,5 Milliarden Euro wollen CDU, CSU und SPD in die Kitas stecken. Mit diesem Geld sollen die Eltern von Gebühren entlastet, im besten Fall ganz freigestellt werden. Zudem sollen diese Mittel in die Verbesserung der Qualität der Kitas und der Tagespflege fließen. Die GEW hatte sich für ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz stark gemacht, hinter dem die Gebührenfreiheit (erst einmal) zurückstehen sollte. Das Argument: Nach dem gewaltigen quantitativen Ausbau der Kitas müsse jetzt ein Qualitätsschub folgen, auch im Interesse der Kinder und Eltern. Dafür braucht es viel Geld – und nicht weniger. Wird der Mittelausfall durch die Gebührenfreiheit nicht durch die öffentliche Hand kompensiert, wird der Kita-Ausbau – vor dem Hintergrund des dramatischen Fachkräftemangels – noch stärker auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen.

Die Absicht der möglichen Koalitionäre, den Hochschulpakt zu verstetigen, um den weiter steigenden Bedarf an Studienplätzen zu finanzieren, ist richtig. Während dieses Projekt aber materiell nicht zusätzlich unterlegt ist, sollen die umstrittene Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung finanziell weiter gestärkt werden. Das ist eine Fehlsteuerung: Statt die Grundfinanzierung der Hochschulen auszubauen, werden Milliarden in ein System investiert, von dem nur wenige profitieren. Grundsätzlich positiv ist, dass CDU, CSU und SPD erkannt haben, dass bei der Ausbildungsförderung junger Menschen starker Korrekturbedarf besteht. Ob die eine Milliarde Euro, die für eine Reform des BAföG eingeplant ist, jedoch ausreicht, muss die Umsetzung der Planung, die noch nicht konkretisiert ist, zeigen.***

Auch der Berufsbildungspakt und die nationale Weiterbildungsstrategie sind wichtige Ansatzpunkte, die aber dringend ausbuchstabiert werden müssen.

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft"

***Bei Drucklegung dieser E&W lag das Ergebnis des SPD-Mitgliedervotums zur Bildung einer Regierung aus CDU, CSU und SPD auf Grundlage des Koalitionsvertrages noch nicht vor.**

****Die „GEW-Positionen zur Bundestagswahl 2017" finden Sie unter www.gew.de/mehr-geld-in-bildung-PM.**

*****Eine differenzierte Einschätzung des Hochschul- und Forschungsteils des Koalitionsvertrages finden Sie unter www.gew.de/koalitionscheck-union-spd.**

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Schritte, keine Offensive

Wenn die E&W bei den Leserinnen und Lesern ins Haus schneit, steht fest, ob eine Große Koalition aus CDU, CSU und SPD zustande kommt. Bei Drucklegung der Zeitschrift waren die SPD-Mitglieder noch dabei, ihr Votum abzugeben.

Für die Bewertung des Koalitionsvertrags ist es vielleicht eine Frage der Mentalität, ob das Glas halb voll oder halb leer ist.

Die GEW hatte alle Parteien schriftlich aufgefordert, eine „Offensive für den qualitativen und quantitativen Ausbau des gesamten Bildungswesens“ zu starten. Das Kapitel zur Bildung im Koalitionsvertrag ist mit „Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung“ überschrieben. Es beginnt mit der Absichtserklärung, die Bildung im gemeinsamen Schulterschluss von Bund und Ländern zu verbessern. Der Koalitionsvertrag gesteht durch seine Maßnahmen ein, dass die Föderalismusreform von 2006 Fehler hatte. So werden das Kooperationsverbot weiter aufgeweicht und Investitionen in die Bildungsinfrastruktur ermöglicht. Ein Nationaler Bildungsrat soll die Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessern. Die GEW wird alles unternehmen, dass auch Vertretungen der Beschäftigten in diesem Bildungsrat Einfluss nehmen können. Hier wäre von erfolgreichen Ländern abzukupfern, dass es nur mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften vorangeht.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen und die Gebührenfreiheit für Kitas werden den Menschen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf helfen. Das wird viele Eltern ansprechen, aber sie werden Qualität erwarten, denn nur dann geben sie ihre Kinder gern an die Bildungseinrichtungen ab. Die GEW setzt sowohl für den Ganztag in der Grundschule als auch den Ausbau der Kitas auf die Verbesserung der Qualität. Hierfür wird jedoch nicht genug Geld bereitgestellt. Da muss nachgelegt werden. Leider wird es wohl kein Kita-Qualitätsgesetz geben. Mit Bündnispartnern werden wir aber für die Qualitätsverbesserung argumentieren und politischen Druck erzeugen. Kita braucht beste Arbeits- und Bildungsbedingungen. Auch der Rechtsanspruch auf Ganztagsschul- und -betreuungsangebote kann nur mit qualifiziertem Personal und gutem Konzept erfolgreich sein. Der Ganztag muss so ausbuchstabiert werden, dass er für alle gut ist. Die GEW warnt davor, die Umsetzung bildungspolitischer Reformen vor dem Hintergrund des Mangels an Erzieherinnen, Erziehern und Lehrkräften auf dem Rücken der Beschäftigten im Bildungsbereich oder zu Lasten der Qualität umzusetzen.

Für die berufliche Bildung und Weiterbildung gibt es eine Reihe von Absichtserklärungen: eine Novelle des Berufsbildungsgesetzes, die Initiative Berufsbildung 4.0, ein Aufstiegsförderungsgesetz, Berufsbildungspakt, die Allianz für Aus- und Weiterbildung sowie die nationale Weiterbildungsstrategie. Das sind alles wichtige Ansatzpunkte, die aber noch ausgeführt und ausfinanziert werden müssen. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Gewerkschaften als Sozialpartner mit dabei sind und ihre Vorschläge einbringen können. Die Verstetigung des Hochschulpaktes zur Finanzierung von Studienplätzen ist ein Erfolg, die Absicht, die Ausbildungsförderung BAföG zu verbessern und auszubauen, eine der GEW-Forderungen. Das eingeplante Geld wird jedoch nicht reichen. Gute Arbeit in der Wissenschaft wird als Ziel benannt, Karrierewege sollen attraktiv gestaltet werden. An einer Konkretisierung dieser Vorhaben wird sich die GEW beteiligen. Von einer Offensive wie in der Vertragsüberschrift versprochen kann also nicht die Rede sein. Es fehlt der Mut oder die Überzeugung der Regierungsparteien die Einnahmen durch eine effektivere Reichensteuer, eine greifende Vermögens- und Einkommensteuer zu verbessern. Die GEW wird in der ganzen Legislaturperiode deutlich machen, an welchen Themen zu arbeiten ist. Wir werden unsere Initiative „Bildung. Weiter denken!“ nutzen und gegenüber der Bundesregierung und den Landesregierungen einfordern, was wir brauchen, um eine wirkliche Offensive auf den Weg zu bringen.

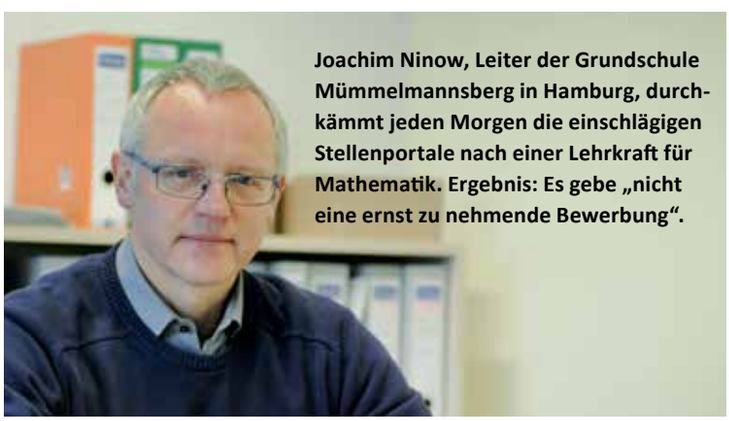
Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

Kopfloses Headhunting

// In Hamburg wurden über Jahre zu wenige Lehrkräfte ausgebildet und stattdessen aus anderen Bundesländern abgeworben. Dieser Zustrom versiegt, während der Bedarf weiter steigt. Der nun zutage tretende Fachkräftemangel trifft besonders Schulen in sozial belasteten Stadtvierteln. //

Joachim Ninow blickt vom Bildschirm auf. Jeden Morgen durchkämmt der Leiter der Grundschule Mümmelmannsberg die einschlägigen Stellenportale nach einer Lehrkraft für Mathematik. Es gebe „nicht eine ernst zu nehmende Bewerbung“, sagt er, „man gerät unter Druck“. Die Schule ist kein Einzelfall: Zu dem Einstellungstermin Anfang Februar konnten 225 Stellen in der Hansestadt nicht besetzt werden. „Der Lehrkräftemangel erreicht Hamburg nun offiziell“, stellt die GEW-Landesvorsitzende Anja Bensinger-Stolze fest. Und zwar nicht nur in den Mangelfächern im naturwissenschaftlichen Bereich; gesucht werden auch Fachkräfte für Englisch, Deutsch, Geschichte oder Religion. Die Schulbehörde geht davon aus, dass 1,6 Prozent aller Stellen nicht besetzt sind. Damit fehlen in Hamburg 200 Lehrkräfte in Vollzeit. Das trifft jedoch nicht alle Schulen gleichermaßen. Alarmierend sei, dass „besonders Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen Schwierigkeiten haben, an Personal zu kommen“, so Bensinger-Stolze. Betroffen sind in erster Linie Grundschulen, doch nur wenige Schulleiter möchten sich dazu im Rahmen dieser Recherche öffentlich äußern.

Exakt 20 Minuten braucht die U2 von den mondänen Einkaufspassagen und hanseatischen Firmensitzen am Jungfernstieg bis nach Mümmelmannsberg, einer auf dem Reißbrett entworfenen Großsiedlung im Hamburger Osten, hochgezogen in den 1970er-Jahren. Rund 17.000 Menschen leben hier, darunter viele Zugewanderte. Drei von vier Kindern, die jünger als 18 Jahre sind, haben einen Migrationshintergrund. Jeder dritte Haushalt ist alleinerziehend und nahezu jedes zweite Kind lebt von Hartz IV. „Unsere Schülerinnen und Schüler sind nicht von Armut bedroht, sie sind arm“, stellt Schulleiter Ninow fest. „Wir beobachten einen Anstieg der Bildungsarmut.“ Die soziale Entmischung Hamburgs – forciert durch die stark steigenden Mieten in den innerstädtischen Gebieten und die Vertreibung derer, die sich dies nicht leisten können – führe zu steigenden Herausforderungen in den sozialen Brennpunkten, sagt Ninow. So werde es zunehmend schwieriger, den Kindern mit ihrem hohen Bedarf an Sprach-, sozial- und sonderpädagogischer Förderung gerecht zu werden. Die Hamburger Schulbehörde kennzeichnet 54 Schulstandorte als sozial belastet – das ist ein Viertel aller staatlichen Grundschulen oder Grundschulabteilungen von Stadtteilschulen.



Joachim Ninow, Leiter der Grundschule Mümmelmannsberg in Hamburg, durchkämmt jeden Morgen die einschlägigen Stellenportale nach einer Lehrkraft für Mathematik. Ergebnis: Es gebe „nicht eine ernst zu nehmende Bewerbung“.

Foto: Wolfgang Huppertz

Schulen in Konkurrenz

Dass diese Standorte nun besonders stark vom Lehrkräftemangel betroffen sind, hat seine Ursachen im Konzept der selbstverantworteten Schulen (SvS), das diesen seit dem Jahr 2006 weitgehende Personalhoheit zugesteht. Bis vor wenigen Jahren „hatten auch Schulen an sozialen Brennpunkten ausreichend Bewerber mit sehr guten Abschlüssen“, berichtet Ninow. Das Personal wurde nicht zentral zugewiesen, sondern sein Team konnte sich selbst ein „junges, sehr qualifiziertes und engagiertes Kollegium zusammenstellen“ – und so den Generationenwechsel gestalten. Das ist heute anders: Schulen in sozialen Brennpunkten stehen in direkter Konkurrenz zu Schulen in attraktiven innerstädtischen Wohnlagen und einer Schülerschaft aus bildungsaffinen Familien um immer weniger Bewerberinnen und Bewerber – und ziehen häufiger den Kürzeren. Dabei gehe es zu „wie im Haifischbecken“, so Ninow. Bensinger-Stolze spricht von einer „Benachteiligung der Benachteiligten“.

Für die GEW kommt der Fachkräftemangel indes nicht überra-

Zeit für frische Ideen.

Registrieren Sie sich jetzt, und gewinnen Sie einen von 25 BücherSchecks!*

fr.de/e-w

*Unter den ersten 250 Registrierungen verlosen wir 25 BücherSchecks im Wert von jeweils 50 €. Sie nehmen automatisch an der Verlosung teil, wenn Sie sich erfolgreich auf FRiSCH registriert und durch einen Schulstempel verifiziert haben. Sie erhalten nur bei Gewinn eine Benachrichtigung per Post.

FR in der Schule

schend. „Hamburg hat es verschlafen, ausreichend Lehrkräfte auszubilden, um die Unterrichtsversorgung trotz der Pensionswelle und gleichzeitig steigender Schülerzahlen sicherzustellen“, kritisiert die Landesvorsitzende. Laut Statistiken der Kultusministerkonferenz (KMK) wurden von 2012 bis 2016 rund 5.300 Lehrkräfte in Hamburgs allgemeinbildenden Schulen eingestellt, aber nur gut die Hälfte auch im Land ausgebildet. Dazu kamen große Schulreformen wie die Einführung des Ganztags, die Inklusion und eine Verkleinerung der Klassen sowie die Einrichtung von Flüchtlingsklassen: Die Zahl der Vollzeitstellen an allgemeinbildenden Schulen stieg seit 2010 von 11.300 auf 13.600. „Die Stadt hat mit ihrer Attraktivität und dem Versprechen auf schnelle Verbeamtung anderen Bundesländern die Lehrkräfte regelrecht abgejagt“, sagt Bensinger-Stolze. „Das funktioniert nicht mehr, seit die ersten Bundesländer ihre Besoldung anheben.“ Als zu niedrig kritisiert sie die vom Senat angekündigte Aufstockung der Referendariatsplätze um insgesamt 135 auf 685 in den kommenden zwei Jahren. Das allein werde angesichts wachsender Schülerzahlen kaum reichen: Bereits heute besuchen mit 176.600 Schülerinnen und Schülern rund 12.000 mehr als vor fünf Jahren die staatlichen allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt; laut Hamburger Bildungsbericht wird bis zum Jahr 2030 ein Anstieg um weitere 11 Prozent erwartet. Zudem hat die Schulbehörde mit den von der GEW unterstützten Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative „Gute Inklusion“ ausgehandelt, in den kommenden zwei Jahren 295 zusätzliche Lehrkräftestellen zu schaffen.

Noch gibt es auch an der Grundschule Mümmelmannsberg keine Unterrichtsausfälle. Die Schulen seien in der Lage, „kurzfristig vieles abzufedern“, berichtet Sabine Bielefeldt, Personalrätin und Fachgruppenvorstand Grundschule der GEW Hamburg.

Foto: Wolfgang Huppertz

Inklusion ohne Personal

Mit einer neuen Stelle für die Inklusion rechnet Jochen Grob, Leiter der Ganztagsschule Fährstraße in Wilhelms-

Mümmelmannsberg, eine Großsiedlung im Osten Hamburgs. Drei von vier Kindern, die jünger als 18 Jahre sind, haben einen Migrationshintergrund. Jeder dritte Haushalt ist alleinerziehend und nahezu jedes zweite Kind lebt von Hartz IV.

Foto (Spielplatz): Wolfgang Huppertz, Foto (Haus): dpa

burg, einem Stadtteil südlich der Elbe mit ähnlichen Sozialdaten wie Mümmelmannsberg. Wie er die besetzen soll, daran mag er noch nicht denken angesichts der vier ohnehin schon unbesetzten Stellen zum Schulhalbjahr. Seit anderthalb Jahren sucht er einen Sonderpädagogen und nun sind zusätzlich drei Kolleginnen längerfristig erkrankt. Auf seine Ausschreibungen in den einschlägigen Portalen erhielt er keine einzige Bewerbung. Immer häufiger gilt es, Lücken zu füllen, wenn Kolleginnen oder Kollegen länger krank sind oder in Mutterschutz oder Elternzeit gehen. Bleibt die Personalsuche erfolglos, stellt Grob Vertretungskräfte über befristete Lehraufträge ein, meist angehende Lehrkräfte, die auf einen Platz im Vorbereitungsdienst warten. Diese sind mittlerweile an der Ganztagsschule Fährstraße unverzichtbar: Bis zu sechs Lehraufträge vergibt er pro Schuljahr, um alle Unterrichtsvorgaben abzudecken.

Unter dem Fachkräftemangel leiden auch Stadtteilschulen wie die Nelson-Mandela-Schule in Wilhelmsburg. Schulleiter Bodo Giese sieht sich im Wettbewerb um qualifizierte Lehrkräfte einem weiteren

„Allein in der Gruppe“

Sabine Lafrentz, Vorsitzende der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe der GEW Hamburg, über den Mangel an Erzieherinnen und Erziehern.

E&W: Durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung und des schulischen Ganztags fehlt es in Hamburg an Erziehungsfachkräften. Gibt es belastbare Zahlen?

Sabine Lafrentz: Etwa 12.000 Erziehungsfachkräfte arbeiten in Kitas und Schulen, 1.500 fehlen.

E&W: Zurzeit betreut eine Fachkraft rechnerisch 5,1 Krippenkinder. Dieser Schlüssel soll bis 2021 auf vier Kinder gesenkt werden. Dafür müssen zusätzlich 2.000 Erziehungskräfte eingestellt werden. Was tut der Senat?

Lafrentz: Die Ausbildungskapazitäten wurden ausgebaut, jedoch nicht ausreichend. Behörde und Kita-Verbände haben sich auf eine sogenannte „Positivliste“ geeinigt, die Menschen mit anderen Ausbildungsabschlüssen eine Tätigkeit in der Kita erlaubt.

E&W: Wie werden diese Quereinsteiger eingesetzt?

Lafrentz: Offiziell als Zweitkraft. Weil die Kita-Träger aber nicht zwischen Erst- oder Zweitkraft unterscheiden, stehen sie bei Personalengpässen allein in der Gruppe.

Foto: DOL

Sabine Lafrentz

E&W: Was schlägt die GEW zur Personalgewinnung vor?

Lafrentz: Viele Fachkräfte arbeiten in Zwangsteilzeit, weil die Abrechnung über Gutscheine und nicht über die Öffnungszeit der Kita erfolgt. Durch Zuschläge für Randzeiten könnte das Stundenkontingent aufgestockt werden. Außerdem brauchen wir einen Fachkraft-Kind-Schlüssel, der die Vorbereitungs- und Ausfallzeiten einrechnet. Dann werden viele Kolleginnen und Kollegen zurückkehren und die älteren Beschäftigten sind in der Lage, länger zu arbeiten.

Interview: Michaela Ludwig, freie Journalistin

Konkurrenten ausgesetzt: dem Gymnasium. Für viele Kolleginnen und Kollegen sei es attraktiver, dort zu arbeiten, stellt er fest: „Wir Stadtteilschulen tragen die Inklusion fast alleine, zudem ist unsere Schülerschaft durchschnittlich weniger leistungsfähig.“ Er sucht händeringend Unterstützung in den Fächern Biologie sowie Naturwissenschaft und Technik. Zwei Englisch-Kollegen bleiben über ihr Pensionsalter hinaus, darüber ist er sehr froh. Auch Giese

Foto: dpa

Bildungssenator Ties Rabe (SPD) verspricht Lehramtsstudierenden, „die als Nebenjob während ihres Studiums an einer Schule arbeiten, … Vorteile bei ihrer späteren Bewerbung für den Hamburger Schuldienst“. Das lehnt die GEW insbesondere an sozial benachteiligten Standorten ab.

stellt für die Vertretungsstellen angehende Lehrkräfte ein, die auf ihren Vorbereitungsdienst warten. Das sei ohnehin ein erfolgversprechender Weg, um gute und engagierte Leute früh an die Schule zu binden. Seiteneinsteiger habe er bislang nicht eingestellt, weil ihnen „meist pädagogisches Wissen fehlt“. Viele Schulleiter sind dennoch auf diese Akademiker angewiesen: So waren im November an allen Hamburger Schulformen insgesamt rund 540 Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger über Lehraufträge beschäftigt.

Kritik am Senat

Bildungssenator Ties Rabe (SPD) hat angekündigt, vermehrt Lehrkräfte über das Pensionsalter hinweg „in Ausnahmefällen“ arbeiten zu lassen. Lehramtsstudierenden, „die als Nebenjob während ihres Studiums an einer Schule arbeiten“, verspricht er in seinem aktuellen Newsletter „Vorteile bei ihrer späteren Bewerbung für den Hamburger Schuldienst“. Das lehnt die GEW jedoch insbesondere an sozial benachteiligten Standorten als pädagogisch höchst fragwürdig ab. Auch dass Referendarinnen und Referendare für Mehrarbeit herangezogen werden – an vielen Schulen bereits Realität – kritisiert die Landesvorsitzende als Überforderung angehender Kolleginnen und Kollegen. Verständnis äußert sie hingegen für Schulleitungen, die in Notsituationen auf angehende Lehrkräfte zurückgreifen, die auf den Vorbereitungsdienst warten.

Wie Schulen an sozial benachteiligten Standorten passende Lehrkräfte finden und das gute und engagierte Personal halten können, dazu hat sich Rabe nicht geäußert. „Wir brauchen ein positives Anreizsystem wie eine bessere Vergütung oder die Aussicht auf Beförderungsstellen“, fordert Schulleiter Grob und wird dabei von der GEW unterstützt. Weil an Schulen wie seiner viel Beziehungs- und Sozialarbeit über die in der Dienstzeitregelung vereinbarten Kontingente hinaus geleistet werden muss, spricht er sich zudem für eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung aus.

Noch gibt es an den genannten Grund- und Stadtteilschulen keinen Unterrichtsausfall. Die Schulen seien in der Lage, „kurzfristig vieles abzufedern“, berichtet Sabine Bielefeldt, Personalrätin in Mümmelmannsberg und Fachgruppenvorstand Grundschule in der GEW Hamburg. „Da viele Kolleginnen nicht in Vollzeit arbeiten, finden sich bei Bedarf Freiwillige, die zeitweise ihre Stundenzahl aufstocken.“ Das sei wegen der vielfältigen Aufgaben jedoch „kräftemäßig kaum noch zu schaffen“. Schon gar nicht mit dem Anspruch, gute Arbeit zu leisten. Auch deshalb ist für sie nicht nachvollziehbar, dass Grundschullehrkräfte noch immer mit A12 (Beamte) und E11 (Angestellte) abgespeist werden (s. „Auf einen Blick“, S. 4). „So bleibt das Grundschullehramt finanziell unbeliebt.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Die Lage in Zahlen

An den 409 allgemeinbildenden Schulen in Hamburg arbeiten derzeit 16.311 Lehrkräfte. Sie unterrichten rund 197.000 Schülerinnen und Schüler, das sind etwa 12.000 mehr als vor fünf Jahren. Seit 2010 wurden jährlich durchschnittlich 1.100 Lehrkräfte eingestellt. Mit 550 wurde nur die Hälfte von ihnen in Hamburg ausgebildet. Zum 1. Februar 2018 meldet die Behörde 225 unbesetzte Stellen, es fehlen 200 Lehrkräfte.

„Flickschusterei“

Hamburg hat jahrelang Lehrkräfte aus anderen Bundesländern abgeworben, statt selber bedarfsdeckend auszubilden. Nun wird die Zahl der Plätze für den Vorbereitungsdienst erhöht, jedoch nicht ausreichend. Ältere Lehrkräfte sollen über das Pensionsalter hinweg an Schulen bleiben, und Lehramtsstudierende werden geködert, dort zu jobben. Das alles ist Flickschusterei: Die Arbeit als Grund- und Stadtteilschullehrkraft muss attraktiver werden – durch höhere Besoldung und weniger Unterrichtsstunden.

Anja Bensinger-Stolze,
GEW-Vorsitzende Hamburg

Foto: GEW Hamburg

Anja Bensinger-Stolze

Gesamtpaket ist entscheidend

// Sechs PISA-Studien hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) seit dem Jahr 2000 veröffentlicht. Schwerpunkte waren Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Vergleicht man alle Erhebungen, waren 15-Jährige in fünf Ländern immer an der Spitze: China, Finnland, Japan, Kanada und Südkorea. Was ist deren Erfolgsrezept? Ein Interview mit Doris Wittek, Mitherausgeberin der Studie „Die Bildungssysteme der erfolgreichsten PISA-Länder"*. //

E&W: Seit dem PISA-Schock im Jahr 2000 hält sich in Deutschland der Eindruck: Andere Länder können Bildung viel besser. Bestätigt Ihre Untersuchung das?

Doris Wittek: Ich würde es so sagen: Wir haben Länder kennengelernt, die geschickt darin sind, Schülerinnen und Schüler für ein gutes PISA-Abschneiden auszubilden. Darüber, welche Inhalte transportiert werden oder ob Schülerinnen und Schüler gern lernen, sagen diese Ergebnisse dort so wenig aus wie in Deutschland.

E&W: Warum haben Sie dann einen so aufwändigen Vergleich betrieben?

Wittek: Auch wenn es Einschränkungen gibt, ist es interessant zu analysieren, wie Länder Rahmenbedingungen schaffen, unter denen Lernende sehr erfolgreich PISA-Aufgaben bewältigen. Nicht mehr – und nicht weniger.

E&W: Erfolgsrezepte, von denen man immer wieder hört, sind Individualisierung und Ganztagsschule.

Wittek: Ja, allerdings ist vieles von dem, was in Deutschland kolportiert wird, eher dem Bestreben geschuldet, sich das Passende für die eigene Agenda auszusuchen, nach dem Motto: „Ich hätte gern diese oder jene Bildungsreform" – und begründe das mit: „Das macht Kanada oder Finnland auch so." So einfach ist es aber nicht; aus einzelnen Befunden lassen sich keine Kausalketten erschließen. Und so mancher medial vermittelte Eindruck stimmt bei genauerem Hinsehen nicht.

E&W: Zum Beispiel?

Wittek: Ich selbst war mehrfach in Finnland, bereits lange vor der Recherche für das aktuelle Buch. Vor Ort stellte ich recht konsterniert fest: Es wird hier nicht so unterrichtet, wie man es sich in Deutschland erzählt. Zumeist findet kein individualisierter Unterricht statt,

in dem jedes Kind passend zu seinem jeweiligen Kenntnis- und Entwicklungsstand beschult wird.

E&W: Sondern?

Wittek: Der Unterricht ist zu fast 90 Prozent lehrerzentriert, zudem wird finnlandweit mit den gleichen Schulbüchern unterrichtet. Das wird allerdings mit ausgeprägten Fördermaßnahmen kombiniert – die, das ist ganz wichtig, nicht mit dem Stigma „Schwäche" verknüpft sind. Wer in Mathe nicht mitkommt, dem gibt man genauso selbstverständlich eine Pädagogin oder einen Pädagogen zur Seite wie einem Mitschüler, der besonders gut im Finnischen ist und deshalb besonders gefördert wird. Das ist individuelle Förderung – aber eine andere, als wir sie uns hierzulande vorstellen.

E&W: Und in den anderen erfolgreichen Ländern?

Wittek: Individuelle Förderung, die dem Grundgedanken „Jedes Kind kann etwas erreichen" folgt, haben wir tatsächlich durchgehend entdeckt. Anders gesagt: Überall wird, unabhängig von der Herkunft, jedem Kind signalisiert: „Du kannst etwas!" In einem zweiten Schritt wird geschaut, was das einzelne Kind oder der Jugendliche benötigt. Man könnte auch sagen: Spezielle Förderung ist der Normal- und nicht der Sonderfall. Das erklärt auch, warum es nirgends ein so ausgebautes Förderschulsystem gibt wie in Deutschland.

E&W: Haben Sie weitere Gemeinsamkeiten gefunden?

Wittek: Ja. Alle fünf Länder machen die Bildungspolitik, für die sie sich entschieden haben, kontinuierlich über lange Zeiträume hinweg; in großer Ruhe und Verlässlichkeit. Ruckartige Reformen gab es ebenso wenig wie direkte Folgen eines Regierungswechsels. Außerdem fiel uns auf: Alle fünf Länder messen Bildung eine sehr große Bedeutung bei, von Seiten des Staates im Sinne einer gesellschaftlichen Kohäsion, aber auch von Elternseite.

E&W: Nun haben Sie gleich drei Länder in Asien untersucht, die dafür bekannt sind, Kinder regelrecht zu trimmen: China, Japan und Südkorea.

Wittek: Kultur und Kontext spielen eine Rolle – deswegen haben wir auch die geografische, historische, kulturelle Geschichte eines jeden Landes erzählt. Und tatsächlich findet sich unter Schülerinnen und Schülern in Asien eine ganz andere, durch den Konfuzianismus geprägte Grundhaltung, nach dem Motto: „Wir haben von unseren Eltern das Geschenk des Lebens bekommen – mit unserem Engagement zeigen wir ihnen, dass wir das wertschätzen."

E&W: Gibt es etwas, was die Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen verbindet?

Wittek: In der Tendenz haben wir einen höheren Grad an Zusammenarbeit erlebt; von Teamarbeit bis zur regelrechten Ko-Konstruktion von Unterricht: In Japan ist es zum Beispiel üblich, dass Lehrerinnen und Lehrer regelmäßig gemeinsam Unterrichtseinheiten entwickeln.

E&W: Dafür braucht es Zeit – und ein entsprechendes Arbeitszeitmodell.

Wittek: In allen von uns besuchten Ländern ist Arbeitszeit außerhalb des Klassenzimmers vorgesehen. In China zum Beispiel unterrichten Lehrpersonen 15 Stunden – die übrige Zeit haben sie für Kooperation sowie für Elterngespräche zur Verfügung. Eine intensive Elternarbeit ist übrigens auch etwas, was die fünf Länder eint. Dabei fiel auf, dass Eltern nicht wie in Deutschland in Frage stellen, wie Pädagoginnen und Pädagogen im Unterricht arbeiten. Vermutlich hat das damit zu tun, dass in diesen Ländern Lehrenden als einschlägigen Expertinnen und Experten auch mehr Vertrauen entgegengebracht wird, weil Bildung einen größeren Stellenwert hat.

E&W: Was könnte sich Deutschland abschauen?

Wittek: Entscheidend ist ein Gesamtpaket. Wichtig ist, für das ganze Land ein schlüssiges Konzept zu schaffen, innerhalb dessen alle Beteiligten auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, das auch nach Wahlen noch gilt. Schulpolitik darf sich nicht wie eine Fahne im Wind bewegen – die sich immer nach dem richtet, der sie gerade verantwortet.

Interview: Jeannette Goddar, freie Journalistin

Silke Trumpa, Doris Wittek, Anne Sliwka (Hrsg.): „Die Bildungssysteme der erfolgreichsten PISA-Länder. China, Finnland, Japan, Kanada und Südkorea", gefördert von der Max-Traeger-Stiftung, Waxmann Verlag 2017, 176 Seiten

Foto: privat

Doris Wittek, Juniorprofessorin für „Lehrerprofessionalität und Lehrerbildungsforschung" an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Big Data in der Bildung

// In der schulischen Medienbildung wird nach Ansicht von Expertinnen und Experten zu wenig über die gesellschaftlichen Folgen einer zunehmend digitalisierten Welt aufgeklärt. Auch die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ gehe nicht genug auf das Erlernen einer kritischen Mediennutzung ein, lautete ein Fazit der Tagung „Digitale Welt als Thema in Schule und Unterricht“ in Berlin. //

Eine Software, die erkennen soll, welcher Flüchtling zum Terroristen werden könnte. Ein Programm, das vorhersagt, ob jemand Kinder sexuell missbrauchen könnte. Und Algorithmen, die nach 280 Facebook-Likes eines Mannes nahezu so viel über diesen wissen wie seine Ehefrau. Was früher Science Fiction war, ist unter dem Stichwort Big Data längst Teil unseres digitalisierten Alltags, wie ihn Harald Gapski, Forschungsleiter am Grimme-Institut, bei der Fachtagung „Digitale Welt als Thema in Schule und Unterricht“ von Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) skizzierte.

In der Schule kommt diese Seite der Digitalisierung nach Ansicht der Tagungsteilnehmenden jedoch noch kaum vor. Auch das 2016 von der KMK vorgelegte Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“* konzentriere sich mehr auf die Fähigkeit, neue Medien zu bedienen, als darauf, diese zu verstehen und kritisch zu reflektieren. „Was bedeutet etwa der Einsatz von automatischer Gesichtserkennung für eine Gesellschaft? Darauf würde ich schulisch mehr Aufmerksamkeit richten als auf technische Details“, sagte Gapski. Für ihn sind künftig drei Bereiche wichtig: kritisches Denken, kulturell-ethische und politische Bildung.

Digital-politische Bildung

Digitale und politische Bildung verbinden soll die vorgestellte Plattform „aula – Schule gemeinsam gestalten“ des Vereins politik-digital. Auf „aula“ können Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse online und didaktisch begleitet Ideen zu Unterrichtsthemen, Veranstaltungen oder Raumgestaltung einbringen, diskutieren und abstimmen. Als Unterstützung für Lehrkräfte wurde die EU-Initiative „Klicksafe“ präsentiert, die online Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellt. Unter „Ethik macht klick: Werte-Navi fürs digitale Leben“ gibt es auch einen Baustein zu Big Data.

Ideen und Materialien für spannende digitale Projekte gebe es, waren sich die Tagungsteilnehmenden einig. Lehrkräfte bräuchten aber mehr Zeit, um diese Projekte im Unterrichtsalltag auch realisieren zu können. An die KMK formulierten sie eine Handlungsempfehlung: 20 Prozent der Arbeits- und Unterrichtszeit sollten nicht mit prüfungsrelevanten Inhalten verplant werden, sondern für fächerübergreifendes Lernen zur Verfügung stehen.

An vielen Punkten treten die Diskussionen derweil weiter auf der Stelle, wie die Workshops zeigten: Wo in der Schule soll der Ort für Bildung über Medien sein? Mit welchen Medien und Methoden soll gelehrt und gelernt werden? Welche neuen Wege muss die Lehrkräfteaus- und -fortbildung gehen? Und baut jedes Land seine eigene Bildungsplattform auf oder wird es, wie im KMK-Papier angedeutet, eine bundesweite Infrastruktur geben?

Foto: Dominik Buschardt

Digitalisierung in der Bildung: Schule, kritisiert Medienexperte Harald Gapski, konzentriere sich mehr auf die Fähigkeit, neue Medien zu bedienen, als diese zu verstehen und kritisch zu reflektieren.

Mit Blick auf die politische Bildung plädierten ausgerechnet Digitalexperten für mehr Analoges. Sowohl Katharina Zweig, Professorin im Fachbereich Informatik an der Universität Kaiserslautern, als auch Wolfgang Sander, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen, forderten mehr Zeitungslektüre im Unterricht.

Warten auf den Bund

Unterdessen drängt die Zeit: Zwar soll laut KMK erst bis 2021 jede Schülerin bzw. jeder Schüler Zugang zu einer digitalen Lernumgebung haben. Doch schon ab dem Schuljahr 2018/19 sollen die im sogenannten Kompetenzrahmen formulierten Fähigkeiten erworben werden. Um den vom Bundesbildungsministerium 2016 angekündigten milliardenschweren Digitalpakt für die technische Ausstattung von Schulen sorgt sich Heidi Weidenbach-Mattar, Ständige Vertreterin des KMK-Generalsekretärs, dabei nicht: „Wir gehen davon aus, dass dieser Strang weiterverfolgt wird, sobald sich die neue Bundesregierung gefunden hat.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***KMK-Digitalstrategie: bit.ly/2hojKKU**
Erfolgreiche Beispiele digitalen Lernens: www.gew.de/beispiele-digitalen-Lernens

Geschichte einer Zumutung

// Es ist nur ein Wort auf der Website der Ärztin Kristina Hänel aus Gießen: „Schwangerschaftsabbruch“ steht dort unter anderem unter dem Stichwort „Spektrum“. Seit November 2017 führt der Link nicht mehr zu einer Seite mit Informationen. Sondern zu dem Angebot, eine Mailadresse einzugeben, an die dann Informationen über den Ablauf von Abbrüchen geschickt werden – in drei Sprachen. //

Ob das so nun legal ist, ist unklar. Auch diese Konstruktion könnte unter das sogenannte „Werbeverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche fallen, den Paragrafen 219a des Strafgesetzbuchs. Die direkt anwählbare Info-Seite auf der Website war jedenfalls nach Ansicht des Amtsgerichts Gießen nicht erlaubt. Das Gericht verurteilte Ärztin Hänel Ende 2017 zu 6.000 Euro Geldbuße. Seitdem gibt es wieder einmal eine Abtreibungsdebatte in Deutschland.

Recht auf Information

Der Paragraf 219a trifft denjenigen, der Abbrüche „anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekannt gibt“, wenn er dafür ein Honorar bekommt. Radikale Abtreibungsgegner machen sich einen Sport daraus, jeden Arzt, jede Ärztin anzuzeigen, der/die das Wort „Schwangerschaftsabbruch“ unter seinem/ihrem Leistungsspektrum verzeichnet. Die meisten nehmen den Begriff dann entnervt von der Homepage. Doch Hänel weigerte sich. Frauen hätten ein Recht auf Informationen über medizinische Eingriffe, die sie betreffen, so ihre Begründung. Zudem müssten sie, um ihr Recht auf freie Arztwahl wahrzunehmen, natürlich wissen, wer Schwangerschaftsabbrüche macht. Das Amtsgericht Gießen sah das anders. Richterin Maddalena Fouladfar zitierte das Ansinnen des Bundestags in den 1970er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als der Paragraf zuletzt geändert wurde: „Der Gesetzgeber möchte nicht, dass über den Schwangerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit diskutiert wird, als sei es eine normale Sache.“

Seitdem wogt die Debatte. Hänel startete eine Petition gegen den Paragrafen 219a: Über 150.000 Menschen unterschrieben. Frauenverbände solidarisierten sich, Juristenverbände und auch der Berufsverband der Gynäkologinnen und Gynäkologen schlossen sich an. Linke und Grüne haben Ende Februar Gesetzentwürfe zur Abschaffung des 219a in den Bundestag eingebracht. Der FDP-Antrag sieht eine Modifizierung nach dem Motto „Information ja, Streichung nein“ vor. Die SPD hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, nach dem der 219a gestrichen werden soll. Fünf Bundesländer hatten Mitte Januar bereits einen Antrag in den Bundestag eingebracht,

Fotos: dpa

Die Paragrafen 218/219a des Strafgesetzbuchs sind beste Beispiele dafür, dass das Recht der Frauen auf ein selbstbestimmtes Leben noch lange nicht Realität ist. Das zeigte kürzlich der Prozess gegen die Gießener Ärztin Kristina Hänel (links). Die Medizinerin hatte auf ihrer Homepage über den Ablauf von Schwangerschaftsabbrüchen informiert. Damit verstieß sie nach Auffassung des Gerichts gegen das sogenannte „Werbeverbot“ des 219a. Seit dem Gerichtsurteil gegen Hänel sind die Abtreibungsdebatte und der Protest der Frauen neu entflammt.

mit dem sie sich ebenfalls dafür einsetzen, dass der Paragraf abgeschafft wird. Allein die Union will nichts ändern. Entschieden war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der E&W noch nichts.

Viele Menschen hörten im November 2017 zum ersten Mal davon, dass Ärzte über Schwangerschaftsabbrüche nicht informieren dürfen. Das Echo in Presse und Öffentlichkeit war vernichtend. Gerade junge Menschen sind oft konsterniert, wenn sie vom Fall Hänel hören, hat Ryan Plocher erfahren, der in der Jungen GEW in Berlin aktiv ist: „Vor allem die Männer wissen nicht, dass Abtreibung in Deutschland nicht legal ist, sondern nur in Ausnahmefällen straffrei."

Aus dieser merkwürdigen rechtlichen Konstellation erwachsen auch das Werbeverbot und die Argumente der Befürworterinnen und Befürworter: Der Staat sieht sich als Anwalt des ungeborenen Lebens. Deshalb sollen die Hürden vor einem Abbruch der Schwangerschaft so hoch wie möglich liegen. Und so argumentiert auch die CDU: Es sei besser, wenn betroffene Frauen erst in einer Beratungsstelle über die genauen Möglichkeiten und Adressen informiert würden. Nur dort walte die gebotene Sorgfalt.

Frauenrechtlerinnen dagegen halten schon die Konstruktion des Paragrafen 218 für falsch. Auch die GEW forderte bereits 1980 in einem Beschluss, den gesamten Paragrafen durch eine Fristenlösung zu ersetzen. Die sozialliberale Koalition hatte die Fristenlösung 1974 sogar schon in einen Gesetzesvorschlag gegossen – doch das von der Union angerufene Bundesverfassungsgericht verbot diese. Die Begründung, die seitdem bleischwer auf der Diskussion lastet: „Der Lebensschutz der Leibesfrucht genießt grundsätzlich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren und darf nicht für eine bestimmte Frist in Frage gestellt werden." Diesen Tenor wiederholten die Karlsruher Richter, als das Fristenmodell nach der Wiedervereinigung Deutschlands erneut zur Debatte stand. Seit 1995 ist der Abbruch illegal, aber straffrei, wenn er in den ersten drei Monaten stattfindet, die Frau sich beraten ließ und danach eine dreitägige Wartezeit absolviert hat.

GEW pro Selbstbestimmung

Frauke Gützkow, im Vorstand der GEW für Frauenpolitik verantwortlich, betont das Selbstbestimmungsrecht der Frau und möchte in der aktuellen Situation zumindest das Werbeverbot abgeschafft sehen: „Der 219a unterscheidet nicht zwischen Werbung und Information. Er verbietet beides. Informationen brauchen Frauen aber, um eine Entscheidung treffen zu können." Dem Argument, dass Beraterinnen diese Informationen weitergeben können, steht sie kritisch gegenüber: „Das ist das Gegenteil einer eigenständigen Entscheidung. Außerdem kann es in manchen Gegenden passieren, dass eine Schwangere einer Beraterin gegenübersitzt, die nicht so wohlwollend ist. Von deren Information ist die Frau dann abhängig." Insbesondere die Junge GEW ruft aktiv zum Engagement gegen den 219a auf. „Abtreibung sollte selten sein", sagt Plocher, „aber sie sollte legal und sicher sein! Und dazu gehört eine umfangreiche Aufklärung."

Der Paragraf 219a aus dem Jahr 1974 hat eine längere Vorgeschichte. Schon das Strafgesetzbuch von 1871 sah für Abtreibungen bis zu fünf Jahre Zuchthaus vor. Ein verschärfendes Verbot von „Vorbereitungshandlungen" wurde ab 1913 diskutiert, aber nicht verabschiedet – während der Weimarer Republik standen sich beim Paragrafen 218 Kommunisten und Frauenrechtlerinnen (pro Abschaffung), Sozialdemokraten (pro Fristenregelung) und Konservative (pro Ist-Zustand) unversöhnlich gegenüber.

1933 erließen die Nationalsozialisten ein Verbot von Werbung für Abtreibungsmittel und Hilfe beim Schwangerschaftsabbruch. 1943 verschärften sie den Paragrafen 218: Für Abbrüche, die „die Lebenskraft des deutschen Volkes" beeinträchtigten, drohte die Todesstrafe. Bei „minderwertigen Volksgruppen" war Abtreibung dagegen straflos.

Nach Kriegsende blieben die Vorschriften zum Werbeverbot von 1933 im Wesentlichen bestehen.

In die Gewerkschaften trugen die Frauen das Thema Anfang der 1970er-Jahre. Der DGB geriet damit in einen Zwiespalt. Im Vorstand etwa war mit Marie Weber eine CDU-Politikerin für Frauenfragen zuständig. Sie war strikt gegen die Fristenlösung. Doch die Frauenbewegung war so stark, dass die christliche Fraktion immer wieder überstimmt wurde. Die GEW war nicht zuletzt wegen ihres frühen Beschlusses pro Streichung des Paragrafen 218 in diesen Fragen treibende Kraft. Heute erinnert Gützkow daran. Sie sagt: „Für mich gilt der Satz aus den 1970er-Jahren: Die Würde der Frau ist unantastbar. Und dazu gehört, sich informieren zu können."

Heide Oestreich,
rbb-Redakteurin

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.
Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Am Ende

// Der französische Film „Die Grundschullehrerin" erzählt davon, wie eine höchst engagierte Pädagogin ihren Beruf ausübt – und ihn am Ende an den Nagel hängt. Seit dem 15. Februar läuft das gelungene Porträt in deutschen Kinos. //

Für Nicht-Lehrkräfte ist schon der Background-Sound Stress pur: Während die junge, sehr engagierte Lehrerin Florence versucht, der Fünftklässlerin Tara im Einzelergänzungsunterricht Lesen beizubringen, kichert der Rest der Klasse im Hintergrund. Jemand scharrt mit dem Stuhl, es wird geflüstert, es wird lauter geflüstert, jemand kichert, viele kichern … und bei Tara fällt der Groschen nur sehr allmählich. Ihre Beschämung ist mit Händen zu greifen. Dabei hat die Fünftklässlerin anscheinend jahrelang erfolgreich so getan, als könne sie lesen – auswendig Gelerntes kundig vorgetragen. Florence ist ihr auf die Schliche gekommen und hat sich fest vorgenommen, ihre Schülerin nicht aus der Schule zu entlassen, ohne dass diese lesen kann.

Viel Zeit bleibt nicht, es sind nur noch zwei Wochen bis zu den großen Ferien. Und heute ist die Klasse ohnehin entsetzlich – unruhig, albern, unkonzentriert. Nur Denis, ihr eigener Sohn, weiß immer alles. Aber Denis nimmt Florence nur selten dran. Schließlich weiß sie, dass er alles weiß und sie will doch diejenigen „erschließen", die die Welt des Wissens noch nicht für sich entdeckt haben. Da klopft Sacha an die Tür.

Wendepunkt

Er ist in der vierten Klasse und hat kein Schwimmzeug dabei, weshalb ihn seine Lehrerin zur Kollegin geschickt hat. Für diese, für Florence, wird der kleine Sacha zu einem Wendepunkt in ihrem Leben, zu einer Herausforderung, an deren Ende sie soweit ist, den geliebten, wenn auch schlecht bezahlten Lehrerinnenberuf an den Nagel zu hängen? Warum? Weil die alleinerziehende Florence, die ihren Job mit Verve und Können hervorragend erledigt, sich schließlich überfordert, frustriert und überwältigt fühlt. Am Ende.

Herausforderung Eltern

Auch, weil sie im Ringen um eine Lösung für Sacha die Nöte und Bedürfnisse ihres Sohnes aus den Augen verliert. Weil sie nicht fassen kann und nicht zu akzeptieren vermag, dass es Mütter gibt wie Sachas Mutter, die – ein großes Verdienst des Films – keine drogenabhängige Unterschichtsmutter ist, sondern die die adrett gekleidete Verkäuferin eines Nobelbekleidungsgeschäfts, die ihren Sohn einfach immer mal wieder aus den Augen verliert und offensichtlich als nicht prioritär einstuft. Dann verschwindet sie einfach wochenlang, lässt Sacha in der Wohnung mit viel Geld zurück, für das er sich Kebab und Chips kauft. Verhungern muss er nicht. Aber der kleine Mann, neun Jahre alt, hat noch nicht gelernt, dass man sich und seine Wäsche zuweilen auch waschen muss, um in der Masse nicht aufzufallen.

Denis' angewiderter Ausruf „Du stinkst!" ist es schließlich, der alles ins Rollen bringt. Die Schule stellt fest, dass Sachas Mutter partout nicht zu erreichen ist. Also aktiviert sie den im Notfall zu verständigenden Mathieu. Ein Ex-Lover der Mutter, der Sachas Aufwachsen sechs Jahre liebevoll begleitete. Doch Mathieu, der als Rollerfahrer Sushi ausfährt, sieht sich nicht in der Lage, Sachas Ersatzvater zu werden. Er weiß allerdings ganz klar, was mit Sachas Mutter los ist: „Sie ist verrückt!"

Florence mag das nicht glauben. „Sie ist schließlich seine Mutter." Doch

die Mühlen der Behörden mahlen unausweichlich im Hintergrund. Während Florence das Abschlusstheaterstück mit den Fünftklässlern einübt und tagelang versucht, Denis klar zu machen, dass er nicht mit seinem Vater für ein Jahr nach Indonesien gehen kann; während sie versucht, Sachas Mutter ausfindig zu machen und ihre Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass es keine gute Lösung ist, wenn Sacha ins Heim kommt, bricht ihre kleine Welt langsam zusammen. Florence merkt es nicht rechtzeitig.

Begrenzte Gefühle

Als der auf Denis' liebevolle Mama eifersüchtige Sacha Denis wütend mit dem Kopf an eine Türkante knallt, ist natürlich Florence, die Mutter, schuld an der Platzwunde an der Stirn ihres Sohnes, obwohl sie bei dem Vorfall weder zugegen war noch ursächlich etwas damit zu tun hat. Der abwesende Vater jedoch sieht das anders und holt sein empörtes Kind, das ebenfalls alle Schuld bei der Mutter sieht, ab. Ziel: Indonesien.

Florence macht einen letzten Versuch bei Sachas Mutter und muss erfahren, dass es Mütter gibt, deren Gefühle für ihre Kinder begrenzt sind, die andere Prioritäten setzen und glauben, mit ein paar Hundert Euro und dem Gruß „Sagen Sie ihm, dass es besser so ist", könnten sie sich ihrer Aufgabe entledigen.

Hélène Angels Film zeigt einfühlsam und nah an den handelnden Personen, wie es sein kann, eine Grundschullehrerin zu sein – in diesem Fall eine alleinerziehende, nach der Trennung vorübergehend im Schulhaus wohnende, sich superverantwortlich fühlende. Schauspielerin Sara Forestier verkörpert diese glaubhaft und mit viel Herzblut.

Die Menschen haben Angst voreinander, auch das macht der Film deutlich. Als die ebenfalls hochmotivierte und bestens ausgerüstete Referendarin Laure eine Probestunde übernimmt, entgleitet ihr die eigentlich harmlose Klasse in Sekunden beinahe vollständig. Die Kinder spüren ihre Schwäche und Unsicherheit und reizen – eher spielerisch als bösartig – ihren Vorteil hemmungslos aus. Laure ist danach soweit hinzuschmeißen: „Ich habe Angst vor ihnen." Florence lächelt ermunternd und schweigt, aber als am Ende eine Erstklässlerin vor dem ersten Betreten des Klassenzimmers piepst: „Ich habe Angst …", sagt Florence ganz selbstverständlich: „Natürlich! Was glaubst du? Ich habe auch Angst!"

An diesem überaus gelungenen Porträt einer mit Widrigkeiten kämpfenden jungen Lehrerin nervt eigentlich nur die Trennungs- oder Sorgerechtsgeschichte um Sohn und Ex-Ehemann, die sich beide immerzu im Recht zu wissen scheinen. Was bei Ex-Ehemännern der Fall sein kann, stößt bei dem zehnjährigen Sohn einer doch eigentlich kompetenten Pädagogin mehr als einmal unangenehm auf.

„Findest du es normal, den ganzen Tag lang die einzige Erwachsene unter Kindern zu sein?", fragt Florence gegen Ende des Films ihren Schulleiter Christian. „Nein", antwortet der und schmunzelt, „das ist nicht normal. Das ist etwas ganz Besonderes."

Vielleicht sogar ein Geschenk. Ein Geschenk, das man sich manchmal hart erarbeiten muss.

Frauke Haß,
Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt am Main

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Vielfalt erlebbar machen!
Materialien für Ihren Unterricht

Foto: CBM

Sie möchten Ihrer Klasse das Thema Inklusion näher bringen? Wir bieten Ihnen kreative Ideen und spannende Materialien für einen lebendigen Unterricht in allen Klassenstufen.

Lassen Sie sich inspirieren unter:
www.cbm.de/schulen

Ihre Ansprechpartnerin:
Marzena Gergens
Tel.: (0 62 51) 131-295
E-Mail: material@cbm.de

cbm
christoffel blindenmission
gemeinsam mehr erreichen

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen
DAS BALTIKUM GENIESSEN
Div. Termine in den Ferien — 8-tägige Flugreise

DAS BALTIKUM –
Baltische Hauptstädte und die Kurische Nehrung

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Eltern sollten keine Hilfslehrer sein“

Foto: Alexander Paul Englert

Tun Eltern ihren Kindern Gutes, wenn sie bei den Hausaufgaben helfen?

// Hausaufgaben sind eine Angelegenheit zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern. Doch zu Hause kommen die Eltern mit ins Spiel. Ihre Unterstützung kann sinnvoll sein, aber auch Schaden anrichten. //

Monika Baltes (23) kennt das Konfliktpotenzial von Hausaufgaben. Drei Jahre lang hat die Lehramtsstudentin aus Rheinland-Pfalz in der Hausaufgabenbetreuung gearbeitet. Sie hat versucht, Kinder nach einem langen Schultag zu motivieren. Dabei hat sie Eltern beobachtet, die sich kaum einmischen. Und sie hat Mütter und Väter erlebt, die die Aufgaben am liebsten selbst gemacht hätten. „Es gibt das ganze Spektrum“, sagt Baltes, „Eltern, die ihre Kinder überbehüten, und Eltern, die gar keine Zeit oder Möglichkeit haben, zu helfen.“ Baltes hat sich intensiv mit den Vor- und Nachteilen elterlicher Hausaufgabenhilfe auseinandergesetzt. Ihr Fazit: „Hausaufgaben sind Sache des Kindes. Aber wenn es Probleme gibt, sollten Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.“ Damit das zu Hause auch gut klappt, müssten Eltern und Lehrkräfte eng kooperieren. „Meistens beschäftigen sich Lehrerinnen und Lehrer aber erst dann mit der Hausaufgabensituation, wenn es Schwierigkeiten gibt“, kritisiert sie. Dabei sollten Mütter und Väter von der 1. Klasse an wissen, welche Ziele Hausaufgaben haben und welche Rolle sie als Eltern im Lernprozess spielen können.

Umstritten

In der Bildungsforschung ist umstritten, ob Eltern ihren Kindern Gutes tun, wenn sie bei den Hausaufgaben helfen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von „lernförderlichen“ und „lernhemmenden“ Verhaltensweisen. Letztere kennen viele Familien aus leidvoller Erfahrung: Wenn Mütter und Väter eingreifen, endet die gut gemeinte Hilfe oft im Streit – etwa weil sie Aufgaben anders erklären als in der Schule, weil Eltern schnell ungeduldig werden oder weil es am Küchentisch zu hektisch ist zum Lernen.

Jutta Standop, Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Trier, kennt die Konflikte. „Eltern sollten keine Hilfslehrkräfte sein. Viele meinen es gut, aber setzen ihre Kinder unter Druck. Das belastet die Eltern-Kind-Beziehung, und außerdem ist die Lernwirkung sehr gering“, konstatiert die Professorin. Allerdings räumt sie ein, dass sich die Forschung zur elterlichen Hausaufgabenhilfe schwertut mit einheitlichen Befunden. Denn die Bedingungen, unter denen Kinder zu Hause lernen, sind so unterschiedlich, dass die Studien kaum vergleichbar sind. In einem Punkt sind sich die Forscher aber einig: Je selbstständiger Kinder ihre Aufgaben erledigen, desto besser lernen sie. Eltern wiederum können ihre Kinder unterstützen, indem sie eine gute Ar-

Streitpunkt Hausaufgaben

Hausaufgaben lösen seit Jahrzehnten kontroverse Debatten aus. Die einen halten sie für unverzichtbar, um das in der Schule Gelernte zu festigen. Andere kritisieren Hausaufgaben als sozialen Selektionsmechanismus. Umstritten ist die Hilfe der Eltern, aber auch die kommerzieller Anbieter, also bezahlter Helfer. Eine offizielle Statistik über den Umfang kommerzieller Unterstützung gibt es nicht. Die Hans-Böckler-Stiftung schätzt jedoch, dass Eltern jährlich mehr als eine Milliarde Euro für Nachhilfe ausgeben.

In den Schulgesetzen der Länder gibt es Richtlinien für Hausaufgaben, in denen Zeitumfang und Ziele geregelt sind. Danach dürften Eltern eigentlich gar keine Rolle spielen. K.I.

beitsatmosphäre schaffen und Interesse fürs Lernen zeigen, ohne Lösungen zu präsentieren.

Soweit die Theorie. In der Praxis liegt nach Ansicht von Forscherin Standop aber nicht nur in den Elternhäusern einiges im Argen, sondern in der Schule. „Eltern versuchen auch deshalb einzugreifen, weil Lehrkräfte Hausaufgaben nicht sinnvoll planen.“ Anstatt in den letzten Unterrichtsminuten Aufgaben zu geben, müssten sich Lehrkräfte mehr Zeit zum Erklären nehmen. Mit Blick auf immer heterogenere Klassen und unterschiedliches Lerntempo sagt Standop: „Wenn Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht differenzieren, dann müssen sie das auch bei den Hausaufgaben tun. Und ihnen sollte klar sein, mit welchem Ziel sie Aufgaben stellen.“

„Es fehlt an sinnvollen Strategien bei den Hausaufgaben“, sagt auch der Bildungswissenschaftler Ulrich Trautwein von der Universität Tübingen. Wenn ein Kind mit den Aufgaben nicht allein zurechtkommt, müsse die Schule die Ursachen suchen: Liegt es am fehlenden Vorwissen? Haben Lehrkräfte nicht gut erklärt? Stimmt die Motivation beim Kind nicht? Trautwein ist nicht grundsätzlich gegen die Hilfe der Eltern. Aber erstens müsse der Lernplan von der Schule kommen. Zweitens dürfe elterliche Hilfe nicht zur Dauereinrichtung werden. Trautwein hat bei verschiedenen Untersuchungen herausgefunden, dass die direkte Hilfe der Eltern viel weniger entscheidend ist als ihre Vorbildfunktion und positive Einstellung zum Lernen. Eine aktuelle Studie der Uni Tübingen zur Lernmotivation in Mathematik zeigt zudem, dass das grundsätzliche Interesse der Eltern für das Fach wichtiger ist als Beruf, Einkommen und Bildungsstand.

„Unterstützung ja, permanente Hilfe nein“ – das ist auch die Forderung der Erziehungswissenschaftlerin Ilka Hoffmann, für Schule verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied. „Wenn Eltern ihren Kindern helfen müssen, dann sind Hausaufgaben nicht richtig gestellt“, sagt sie. Ebenso wie Forscherin Standop plädiert Hoffmann dafür, Hausaufgaben differenziert zu stellen. „Leider fehlt vielen Lehrerinnen und Lehrern aufgrund zu voller Klassen und hoher Unterrichtsverpflichtung die Zeit für sinnvolle Hausaufgabenkonzepte.“ Hoffmann kritisiert, dass das Thema in der Lehrkräfteausbildung fast keine Rolle spiele. Und der gesellschaftliche Druck sei enorm: „Lehrkräfte gelten als Kuschelpädagogen, wenn sie auf Hausaufgaben verzichten. Deshalb werden Hausaufgaben kaum hinterfragt.“

Katja Irle,
freie Journalistin

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW
2 % Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der ***Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft***

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

„Inklusion andersherum“

// In der Kletter-AG der Edith-Stein-Schule im hessischen Hochheim kraxeln Jugendliche mit Behinderung hoch hinauf. Auch Schülerinnen und Schüler ohne Handicap sind willkommen. //

Mit einer doppelten Acht knotet Marie das lila Seil fest, greift nach den bunten Griffen an der Kletterwand – und zieht sich aus ihrem Rollstuhl hoch. Vorsichtig hebt die 19-Jährige ihren Fuß, findet keinen Tritt, rutscht ab. Ihre Lehrerin Kirsten Kaib hilft etwas nach, setzt den Fuß auf einen grünen Kletterstein. Stück für Stück hangelt sich Marie nach oben. Ihre Schulkameradin Nadia sichert sie mit dem Seil. Zwei, drei Meter zieht sich das Mädchen die Wand hoch. „Wow“, sagt Kaib in der Kletterhalle in Mainz. „Für Marie ist das irre.“ Doch die Schülerin zeigt zur Holzdecke. Da will sie hin. „Unbedingt“, sagt Marie. Sie klatscht in die Hände, lacht. „Schneller. Höher. Weiter“, ruft sie. Danach ist Nadia dran. Der 20-Jährigen war am Anfang etwas mulmig zumute. Das ist vorbei. Jetzt findet sie Klettern „cool“ und kraxelt – während Marie sichert – 13 Meter hoch bis zur Decke. Dass das Mädchen mit den schwarzen Glitzerohrringen fast blind ist, würde niemand vermuten. Die inklusive Kletter-AG der Edith-Stein-Schule in Hochheim steht allen Jugendlichen offen, mit und ohne Behinderung. Lehrerin Kaib ist überzeugt, dass diese Sportart allen guttut. Schülerinnen und Schüler lernten die eigenen Grenzen kennen – und diese zu überwinden. „Die Ziele definiert jeder selbst“, sagt die 48-Jährige. Einmal machte sogar ein Junge mit, der keine Beine hat, dafür aber enorm viel Kraft in den Armen. Damit zog er sich die Kletterwand hoch. Für alle gilt: „Sie üben sich in Kraft, Ausdauer und Technik“, betont Kaib. Ein weiterer Vorteil: Die Jugendlichen arbeiten im Team, sichern sich gegenseitig mit dem Seil. Dadurch lernten sie, Verantwortung zu übernehmen und anderen zu vertrauen.

Bei der Kletter-AG machen in diesem Schuljahr 14 Schülerinnen und Schüler mit, darunter zwei ohne Behinderung. Das gehört zum Konzept der Schule. „Inklusion andersherum“, nennt es Schulleiter Matthias Stumpf. Diese Idee wird an der privaten Berufsschule* seit rund 30 Jahren gelebt. „Da hat noch kein Mensch von Inklusion gesprochen“, sagt Stumpf. Die Schule hat einen Förderschwerpunkt auf körperlicher und motorischer Entwicklung, doch in jeder Klasse sitzen auch einige Schülerinnen und Schüler ohne Handicap. Etwa 20 Prozent sind es insgesamt.

Alle profitieren

Die Jugendlichen ohne Behinderung wählten die Schule oft aus pragmatischen Gründen, berichtet Kaib. Weil die Cousine hier einen guten Abschluss gemacht habe. Oder weil die Schule so nah sei. Viele kämen auch, weil sie auf der Regelschule gescheitert seien – aus welchen Gründen auch immer. Fest steht: „Alle profitieren davon“, sagt die Pädagogin. Ein Vorteil sei, dass in jeder Klasse nur acht bis zwölf Jugendliche sind. Dadurch würden sie als Person stärker wahrgenommen. Und der Horizont der Mädchen und Jungen ohne Behinderung erweitere sich. „Sie erleben, dass die Welt viel größer und bunter ist“, meint die Deutsch-, Politik- und Sportlehrerin. Schnell spiele keine Rolle mehr, wer behindert sei und wer nicht. Freundschaften entstünden querbeet.

Die Schule achtet jedoch darauf, dass nicht zu viele Jugendliche ohne Behinderung in einer Klasse sitzen. Grund sei die Frage: „Wer setzt die Norm in so einer Schulklasse?“ Normalerweise die Kinder ohne Behinderung. In dieser Schule sei es andersherum, so Kaib. „Deshalb gibt es viele Normen.“

Nachmittags bietet die Schule viele freiwillige AGs an, darunter Kanufahren und Rollstuhlhockey. Für die Klettergruppe müssen die Lehrkräfte zahlreiche Fortbildungen absolvieren. Auch Kosten und Aufwand sind hoch. Doch Kaib ist überzeugt: „Das ist es wert.“

Nach einer halben Stunde hat Arno rote Wangen, vor Anstrengung. Und vor Freude. Bis ganz oben hat er es geschafft. Wie er sich fühlt? „Stolz“, sagt der 16-Jährige und strahlt. Für Marie hat das Klettern noch eine andere Bedeutung: „Einfach mal aus dem Rolli raus und an der Wand hängen“, sagt die 19-Jährige. „Das ist Freiheit.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Foto: Kathrin Hedtke

Kein Problem beim Klettern hat Marie: „Einfach mal aus dem Rolli raus und an der Wand hängen. Das ist Freiheit.“ Die 19-Jährige nimmt an der Kletter AG der Edith-Stein-Schule im hessischen Hochheim teil. Rechts: Lehrerin Kirsten Kaib.

***Die Edith-Stein-Schule ist eine staatlich anerkannte berufsbildende Schule in privater Trägerschaft. Es wird kein Schulgeld erhoben.**

Foto: GEW BW

André Dupuis

Immer einen Schritt voraus

// **Die GEW trauert um André Dupuis. Der Vorsitzende der Bundesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe verstarb Ende Januar mit nur 61 Jahren.** //

André Dupuis war einer der ersten Männer, die Ende der 1960er-Jahre den Beruf des Erziehers gelernt haben. Seine erste Stelle war das Kinderhaus in Berlin-Friedenau, in dem behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam erzogen wurden. Respekt vor Kindern war für André eine konkrete Aufforderung, dafür einzutreten, dass Kinder sich nicht der Logik von Bildungseinrichtungen unterordnen müssen, sondern Kitas und Schulen den Interessen der Kinder dienen. André wusste, dass nur mit guter Pädagogik allein nichts zu bewegen ist. So schloss er sich der GEW Berlin an. Mitte der 1980er-Jahre forderte die GEW einen Tarifvertrag über die Personal-Kind-Relation. André, inzwischen Diplompädagoge, stand in den zwölf Streikwochen an vorderster Stelle. Später fiel die Mauer, und ein neues Kapitel wurde aufgeschlagen. André half, in den neuen Ländern die Bildungsgewerkschaft aufzubauen. Anfang der 1990er-Jahre verlegte André seinen beruflichen Schwerpunkt auf die Fortbildung. Mit seinen Seminaren, Praxisbegleitung und Beratung setzte er Impulse für eine wissenschaftsorientierte, frühkindliche Pädagogik. 1991 war auf Bundesebene das Jahr der ersten Arbeitskämpfe im Sozial- und Erziehungsdienst. Mit langem Atem kämpfte André auch in den Jahren 2009 und 2015 für die Aufwertung der Erziehungsberufe.

Mit seinen Kontakten zur internationalen Kinderrechte-Szene zeigte er Anfang der 1990er-Jahre ein neues Arbeitsfeld auf. Viele Jahre vertrat André die GEW in der National Coalition für Kinderrechte. Von 2005 bis zu seinem Tod war André Vorsitzender der Bundesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe. Ihm war es immer wichtig, pädagogische Reformen voranzutreiben, Rahmenbedingungen für gute Qualität abzusichern und für eine gerechte Bezahlung zu kämpfen. André hat mit seinem überragenden ehrenamtlichen Engagement großen Anteil daran, dass die GEW sich zur Bildungsgewerkschaft weiterentwickelt hat und gewerkschaftliche Heimat Zehntausender sozialpädagogischer Fachkräfte ist. André Dupuis wird in der Geschichte der GEW einen würdigen Platz haben.

Norbert Hocke, ehemaliges GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit

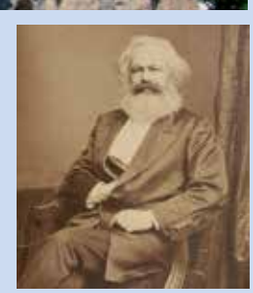
STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

KARL MARX UND SEIN JAHRHUNDERT

Große Landesausstellung zum 200. Geburtstag in Trier
19.05.-21.05.18 (Pfingsten) — 3-tägige Leserreise

ab € 429,-
p. P. im Doppelzimmer

Am 5. Mai 2018 jährt sich der Geburtstag des bedeutenden Denkers des 19. Jahrhunderts, Karl Marx, zum 200. Mal. Erstmals überhaupt widmet sich eine kulturhistorische Ausstellung seinem Leben, seinen bedeutenden Werken und dem vielfältigen Wirken in seiner Zeit. Revolutionär, Gelehrter, Journalist oder Marxist? Kaum eine Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts ist heute noch so bekannt, aber auch so umstritten und missverstanden wie Karl Marx. Wer verbirgt sich hinter diesem großen Namen und wie können Marx' Ideen aus heutiger Sicht gesehen werden? Anlässlich des 200. Jahrestages beleuchtet die große Landesausstellung in seiner Geburtsstadt Trier die Facetten seiner Person in gleich zwei Museen. Außerdem unternehmen Sie einen Ausflug nach Luxembourg.



Das beinhaltet unsere Reise

- Bahntransfer ab/bis gewünschtem Abfahrtort (2. Klasse)
- 2 Übernachtungen inkl. Frühstück im Hotel Vienna House Easy (****), oder gleichwertig
- Kombiticket für das Rheinische Landesmuseum und das Stadtmuseum Simeonstift
- Geführter Rundgang durch die Landesausstellung „Leben. Werk. Zeit" im Rheinischen Landesmuseum
- Stadtrundgang Trier „Auf den Spuren von Karl Marx"
- Geführter Rundgang im Stadtmuseum Simeonstift „Stationen eines Lebens"
- Fahrt mit dem Bus von Trier nach Luxembourg und zurück
- Stadtrundfahrt Luxembourg
- Führung durch die Philharmonie in Luxembourg
- ts|medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)
- Sicherungsschein

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter **www.gew.de/verlagsreisen**
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Zirkus macht stark

Emilia balanciert in weißen Schläppchen etwas wacklig über ein dünnes Drahtseil. Jede Woche trainieren auf dem Gelände des Circus Waldoni im Darmstädter Brennpunktviertel Eberstadt-Süd etwa 500 Kinder und Jugendliche. Keine Frage: Zirkus tut allen gut.

// Im Circus Waldoni im Darmstädter Brennpunktviertel Eberstadt lernen Schülerinnen und Schüler Einradfahren, auf dem Seil zu balancieren und mehr. Das trainiert nicht nur. Es stärkt auch das Selbstbewusstsein. //

Von den tristen Hochhäusern sind es, vorbei an mehreren Billig-Discountern, nur ein paar Schritte. Neben der Schnellstraße in Darmstadt-Eberstadt lugt zwischen Bäumen ein rot-weiß gestreiftes Zelt hervor: der Circus Waldoni. In einem Zirkuswagen aus Holz trinken Mütter Kaffee, während ihre Kinder in der Turnhalle trainieren. Der sechsjährige Karl trippelt mit winzigen Schritten auf einer großen roten Kugel. „Mich muss niemand festhalten“, ruft der Junge stolz. Daneben balanciert Emilia in weißen Schläppchen und rosa Herzchen-Strumpfhose etwas wacklig über ein dünnes Drahtseil. Als sie herunterhüpft, lacht sie – und springt weiter zu einer dicken, blauen Turnmatte. Dort üben die Kinder eine Rolle rückwärts und Rad schlagen.

Im Brennpunktviertel Eberstadt-Süd trainieren jede Woche etwa 500 Kinder und Jugendliche. „Wir wollen, dass vor allem sozial benachteiligte Kinder eine Chance bekommen“, sagt Trainerin Kirsten Kunschke. Deshalb bietet das Team auch in der Wilhelm-Hauff-Grundschule in Eberstadt Projekttage und Arbeitsgemeinschaften an. Für die vierten Klassen steht einmal pro Woche Zirkus statt Sport auf dem Stundenplan. Außerdem gibt es Ferienkurse und Freizeitangebote auf dem Zirkusgelände. Die Kleinsten kommen jede Woche mit ihrer Kita anmarschiert. Die Trainerin ist überzeugt, dass Zirkus allen Kindern guttut. „Zirkus ist kein Wettkampfsport“, betont Kunschke. Jede und jeder werde durch den eigenen Ehrgeiz angespornt.

Wer übt, erreicht etwas

Auch der Geschäftsführer des gemeinnützigen Vereins Circus Projekt Waldoni e. V., Hans-Günter Bartel, hebt das Miteinander hervor. Egal, ob jemand den Vorhang öffnet oder mit Bällen jongliert: Alle seien gleich wichtig. Beim Training rollen Kinder auf einem Einrad umher, schwingen sich aufs Trapez, tänzeln übers Seil. Kurzum: Sie lernen alles, was es für eine Vorstellung in der Manege braucht. Zwölf Disziplinen stehen auf dem Programm. Doch dahinter steckt viel mehr: „Zirkus macht stark“, sagt Bartel. Die Kinder entdeckten ungeahnte Fähigkeiten – und entwickelten ein beachtliches Selbstbewusstsein. „Daran sieht man, dass es gar keine Noten braucht“, meint der Pädagoge. Alle Mädchen und Jungen kämen aus Spaß.

Der Umgang mit Frust gehört allerdings auch dazu. Beim Jonglieren zum Beispiel plumpsen die Bälle am Anfang ständig runter, die Kinder müssen sich bücken, es wieder und wieder probieren. Irgendwann klappt es. „Die Kinder und Jugendlichen erleben: Wenn sie üben, erreichen sie etwas“, betont Bartel. Ihre Kunststücke führen sie einmal im Jahr im Zirkuszelt vor Publikum auf – und bekommen Applaus. „Dadurch erleben sie Wertschätzung“, sagt der Zirkusdirektor. „Das hilft ihnen auch dabei, in der Schule zurechtzukommen.“

Das Zirkusprojekt versteht sich vor allem als Sozialprojekt. Die Finanzierung der für die Teilnehmenden überwiegend kostenfreien Angebote sei heikel, sagt der Geschäftsführer. Der Verein ist Träger der Jugendhilfe; Fördermittel müssten stets neu beantragt werden. Ihre Arbeit sei auf Spenden und Sponsoren angewiesen. Dabei, so Bartel, werde der positive Effekt von Zirkusprojekten immer stärker wahrgenommen, auch bundesweit. An vielen Schulen gebe es mittlerweile solche Angebote.

Auf die Idee kam Bartel vor 25 Jahren. Als Klassenlehrer an einer Waldorfschule, der unter anderem Sport unterrichtete, beobachtete er, dass viele Schülerinnen und Schüler kaum noch werfen, fangen oder balancieren können. Grund

Trainerin Kirsten Kunschke erzählt, bei den meisten Kindern wisse sie wenig über deren Hintergrund: „Ich nehme sie, wie sie kommen."

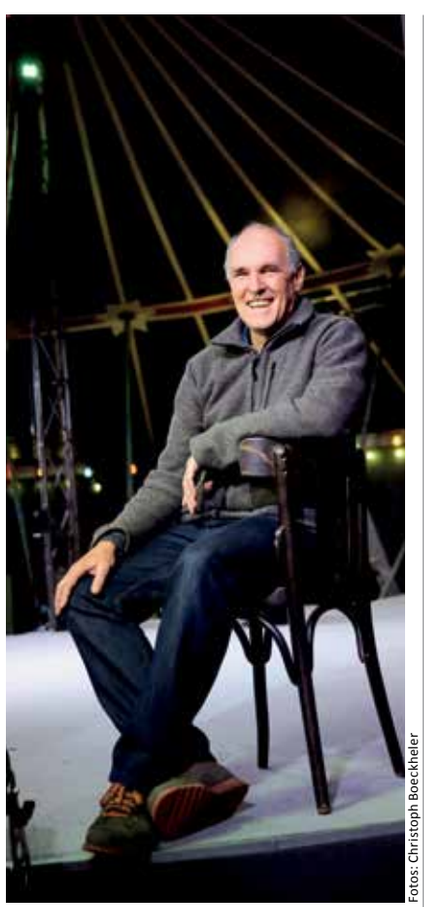
Manege frei: Der sechsjährige Karl trippelt mit winzigen Schritten auf einer großen roten Kugel. „Mich muss niemand festhalten", ruft der Junge stolz.

sei, dass Bewegungsräume verloren gehen. „Einfach rausgehen und spielen, so etwas gibt es nicht mehr", sagt Bartel. „Die Kinder werden von A nach B gefahren. Alles ist geordnet." Zirkus biete viele Bewegungsmöglichkeiten: Jonglage, Balance, Akrobatik.

Herkunft bleibt außen vor

Deshalb absolvierte Bartel neben seinem Beruf eine zweijährige Ausbildung zum Zirkuspädagogen und trainierte mit seiner Klasse. Bereits bei der ersten Aufführung in der Turnhalle war die Begeisterung groß. Aus dem Klassen- wurde ein Schulprojekt; und schon bald fragte eine Kollegin einer anderen Schule, ob ihre Schülerinnen und Schüler mitmachen könnten. „Sofort war klar, wie wichtig das ist", sagt der Pädagoge. Jeden Nachmittag bot ein Team fortan Zirkus zum Mitmachen auf dem Schulhof an. Bald darauf bekam der Circus Waldoni mit seinem Zelt einen festen Standort in der Nachbarschaft. „Wir arbeiten in einem sozial benachteiligten Stadtteil", so Bartel, „aber wir sind offen für alle. Hier geht es kreuz und quer durcheinander."

Trainerin Kunschke erzählt, bei den meisten Kindern wisse sie nur wenig über deren Hintergrund. Das sei auch gut so. „Ich nehme sie, wie sie kommen." Allerdings seien mitunter Kinder dabei, die das Training schwierig machten. Sie hielten sich nicht an Regeln, könnten nicht abwarten, bis sie an der Reihe sind, störten die anderen. In so einem Fall setze sie sich mit den Eltern zusammen, sagt sie: „Wir versuchen herauszufinden, wie wir das Problem lösen können." Manchmal brauche es dafür sehr viel Zeit. Doch die meisten Kinder realisierten, wie gut ihnen der Zirkus tut. „Viele Jugendliche aus dem Viertel wachsen richtig mit dem Zirkus zusammen", berichtet Kunschke. Nicht wenige machten später selbst eine pädagogische Zirkusausbildung und unterrichteten den Nachwuchs.



Fotos: Christoph Boeckheler

Hans-Günter Bartel, Geschäftsführer des gemeinnützigen Vereins Circus Projekt Waldoni e. V., hebt das Miteinander hervor. Egal, ob jemand den Vorhang öffnet oder mit Bällen jongliert: Alle seien gleich wichtig.

Allerdings weiß Bartel auch, dass Zirkus für Jungen in der Pubertät nicht uneingeschränkt reizvoll ist: „Schminken und Kostüme sind nicht cool genug." Deshalb gibt es auf dem Gelände auch eine Bildhauerwerkstatt. Dort schweißen Förderschüler aus Schrott rostige Ritter und Fabelwesen. Der 65-Jährige selbst steht für sein Leben gern in der Manege, begrüßt in Frack und Zylinder das Publikum. Auch die siebenjährige Johanna, mit Zahnlücke und Blumenshirt, kann es kaum erwarten, ihre Kunststücke „im echten Zelt" vorzuführen. Das Mädchen spaziert beim Training freihändig übers Drahtseil, die Arme weit ausgebreitet.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Im Licht der Diskokugel

// Doktoranden und Studierende stellen sich auf die Bühne und erklären ihre Projekte in zehn Minuten witzig und verständlich: Mit sogenannten Science Slams hat sich eine neue wissenschaftliche Popkultur etabliert. //

Die Diskokugel dreht sich im schummrigen Licht, am Vortag stand hier noch die italienische Doom-Band Ufomammut auf der Bühne, am nächsten Tag wird das Schweizer Künstlerkollektiv We Invented Paris spielen. Heute Abend stehen auf der Setlist im Berliner Club Lido derweil Themen wie Videoüberwachung, Inzucht bei Honigbienen und Gendermedizin. Auf ein paar Stühlen oder im Schneidersitz auf dem Boden sitzen rund 400 meist junge Leute mit Bierflaschen in der Hand. Mehr als eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung haben sie draußen bereits Schlange gestanden.

Und das für die Wissenschaft: Seit einigen Jahren gibt es in fast allen deutschen Universitätsstädten Science Slams: Poetry Slams ähnelnde Veranstaltungen, bei denen fünf bis sechs junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Studierende in zehn Minuten möglichst unterhaltsam und verständlich ihre Doktor-, Master- oder Bachelorarbeiten vorstellen und zeigen, womit sie sich in Laboren und Bibliotheken so beschäftigen. Jury ist das Publikum, nach jedem Vortrag diskutiert es kurz in kleinen Gruppen und vergibt Punkte für die Präsentation. Am Ende des Abends wird der Sieger oder die Siegerin gekürt.

Großes Publikum

Dem Science Slam zum Durchbruch verholfen hat die Hamburger Molekularbiologin Julia Offe, die die Veranstaltungen seit 2009 bundesweit organisiert. „Beim Science Slam haben Wissenschaftler mal die Möglichkeit, ein großes Publikum zu erreichen – nicht nur die drei Menschen, die ihre Doktorarbeit lesen und die weiteren zehn aus ihrer Arbeitsgruppe“, sagt sie. Bis heute traten geschätzt etwa 500 Science Slammer in Deutschland auf, darunter viele Physiker und Informatiker, aber auch Historiker und Philosophen. Mitmachen kann jeder, beim Thema muss es sich lediglich um eigene, hochschulgebundene Forschung handeln.

Heute Abend treten Informatiker und Psychologe Ben, Mathematiker und Bienenforscher Manuel, Psychologe Theo, Soziologin Sarah und Biologin Ellen an. Ben erklärt dem Publikum seine Doktorarbeit zur automatisierten Videoüberwachung: „Von Computern, die auf Menschen starren“ heißt sein Vortrag. Ben hat viel mit Lego und Playmobil gebaut, um seine Aussagen auf der Leinwand zu illustrieren, Teil seiner Collagen ist immer wieder Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Ben hält ein engagiertes Plädoyer gegen den Überwachungsstaat, er warnt vor gesellschaftlichen Folgen und kritisiert die Tests zur Gesichtserkennung am Berliner Bahnhof Südkreuz. Das kommt gut an. Eine Zuschauerin lobt Bens Mut, sich so deutlich und offen politisch zu positionieren.

Bienenforscher Manuel hat danach leichtes Spiel: Sein Titel „Inzucht bei Honigbienen“ klingt vielversprechend, das Publikum johlt schon, als er auf die Bühne kommt. Der Doktorand thematisiert erst die Inzucht an sich, wirft Bilder von Stammbäumen des britischen Königshauses und aus der griechischen Mythologie an die Wand. „Ein bisschen Inzucht kommt in den besten Familien vor“, sagt er. Dann zeigen seine Charts komplizierte Formeln, es geht um den Inzuchtkoeffizienten und offenbar darum, wie Imker ihre Bienen resistent gegen die Varroamilbe machen können, ohne es inzestuös zu übertreiben. Manuel bekommt viel Beifall – „auch wenn ich es zum Schluss nicht wirklich verstanden habe“, sagt eine Zuschauerin. Psychologe Theo

Gibt es eine wissenschaftliche Popkultur? Ja, im Berliner Club Lido stellen Studierende und Doktoranden in zehn Minuten auf witzige Weise ihre Doktor-, Master- oder Bachelorarbeiten vor – Science Slam eben.

Foto: Kay Herschelmann

beginnt mit dramatischer Musik, in seinem Intro flimmert US-Präsident Donald Trump über die Leinwand: „Nationen schotten sich ab“, heißt es düster. Theos Vortrag wird dann aber doch ziemlich witzig: Er entwickelt als Teil seiner Dissertation ein Spiel für Kinder, das diesen schon im Kita-Alter beibringen soll, andere mehr zu integrieren. In mehreren Videos werden dem Publikum typisch kindliche Reaktionen aufs Gewinnen oder Verlieren vorgeführt – das bringt viele Lacher. Theo verschweigt aber auch nicht, dass seine Tests noch nicht die erhofften Resultate gebracht haben.

Soziologin Sarah will das Publikum anschließend mit mangelnder Geschlechtersensibilität in der Medizin auf ihre Seite ziehen. „Es wird vielleicht eine kleine Horrorshow“, kündigt sie ihren Vortrag „Der kleine Unterschied – Blinde Flecken in der Medizin“ an. Für ihre Bachelorarbeit untersuchte Sarah Kardiologie-Lehrbücher und fand heraus: Frauen werden darin kaum dargestellt – „und wenn, als atypisch“. Man merkt der mit Ironie nicht geizenden Masterstudentin deutlich an, wie sauer sie das macht. Das Publikum scheint derweil ein wenig den Unterhaltungsfaktor zu vermissen.

Begeisterung fürs Fach

Den spielt die letzte Teilnehmerin wieder voll aus: Die promovierte Biologin Ellen, mit 60 Jahren älteste Slammerin an diesem Abend, hat für „Mein süßer Parasit“ einen „Schmarotzer“ gehäkelt, mit dem sie eine Infektion demonstriert. Sie kalauert sich durch bilderbuchähnliche Zeichnungen und trägt ihre Forschungen zur biologischen Schädlingsbekämpfung in Gedichtform vor. Der Saal jubelt. Ellen ist mit 87 Punkten die Siegerin des Abends.

Ein guter Slammer „muss Begeisterung für sein Fach schüren“, sagt Organisatorin Offe. „Es muss gar nicht alles verständlich sein.“ Punkten könnten die, die „mit Tränen in den Augen schwärmen, welche Fragen in unserem Universum noch offen sind“. Viele Doktorväter stünden Science Slams indes skeptisch gegenüber, weil diese viel Vorbereitungszeit kosten. Die Sorge vor dem Ideenklau spiele eine geringere Rolle, die Slammer gingen nicht so ins Detail, „dass die wirkliche Konkurrenz etwas damit anfangen könnte“, meint Offe. Ihr Ziel, eine „neue wissenschaftliche Popkultur“ zu etablieren, sieht sie als erreicht an. Dadurch hat sich auch ihr Job verändert: Seit 2011 forscht sie nicht mehr zur Interaktion von pflanzenfressenden Insekten und deren Wirtpflanzen, sondern veranstaltet nur noch Science Slams.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Schweigeminute mit Folgen

// Lars Kraumes Politdrama „Das schweigende Klassenzimmer“ erzählt die wahre Geschichte von der stillen Revolte einer Abiturklasse in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Und von einer Elterngeneration, die auf ihre Weise ebenfalls schweigt. //

1956, fünf Jahre vor dem Mauerbau: Bei einem Kinobesuch in Westberlin sehen die Abiturienten Theo Lemke (Leonard Scheicher) und Kurt Wächter (Tom Gramenz) in der Wochenschau Bilder vom ungarischen Volksaufstand gegen die russischen Besatzer. Die Ereignisse im sozialistischen Bruderland lassen sie nicht mehr los: Zurück in Stalinstadt (Eisenhüttenstadt) halten sie im Unterricht spontan eine Schweigeminute für die von sowjetischen Truppen getöteten Menschen des Freiheitskampfes ab. Der Geschichtslehrer fordert eine Erklärung – Erik Babinski (Jonas Dassler) stammelt: „Ein Zeichen des Protests.“ Die dramatischen Folgen, die sich in Kraumes Film „Das schweigende Klassenzimmer“ daraufhin entspinnen, basieren auf dem gleichnamigen Buch von Dietrich Garstka – einem jener 19 Schülerinnen und Schüler, die damals mit einer kurzen Geste den kompletten DDR-Staatsapparat alarmierten.

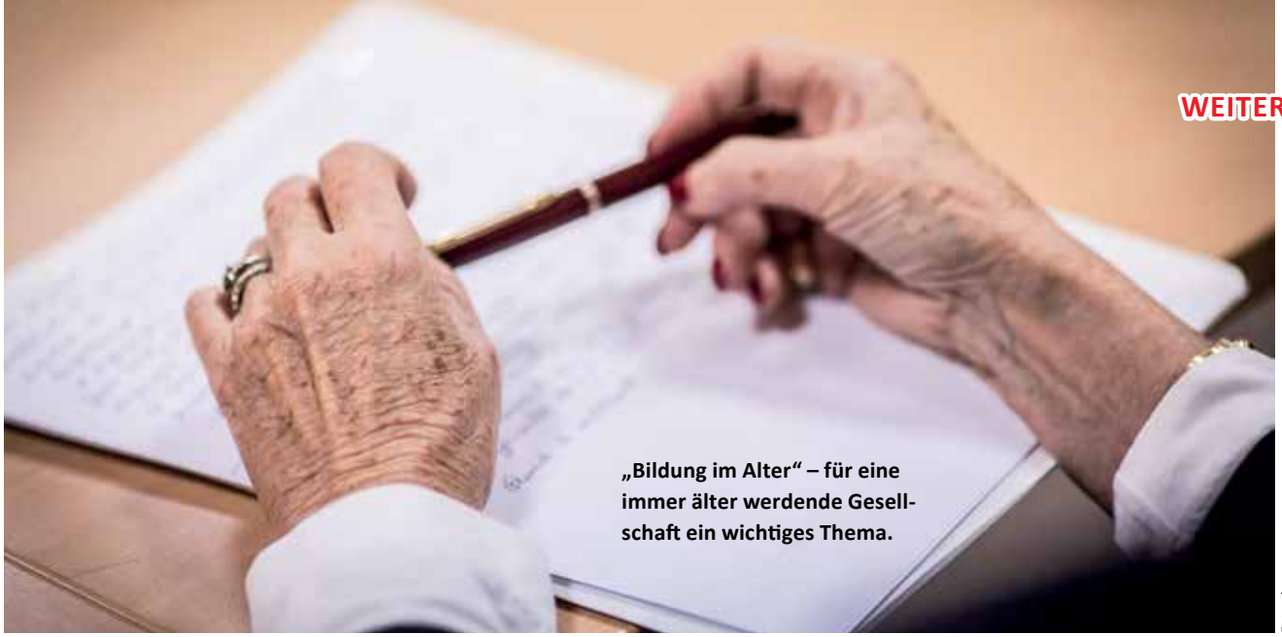
Rektor Schwarz (Florian Lukas) will den Vorfall intern regeln, FDJ-Sekretär Ringel (Daniel Krauss) schaltet indes direkt höhere Stellen ein. Und so rauschen erst Kreisschulrätin Kessler (Jördis Triebel) und dann Volksbildungsminister Fritz Lange (Burghart Klaußner) an, um das, was plötzlich „konterrevolutionärer Akt“ heißt, mit aller Härte aufzuklären. Wenn der Anführer nicht verraten werde, soll die ganze Klasse landesweit vom Abitur ausgeschlossen werden. Lange und Kessler bauen in Stasi-Verhörmanier mit Intrigenversuchen, Erpressungen und angedrohten familiären Enthüllungen einen immensen Druck auf die Jugendlichen auf, die beeindruckend standhalten. Ungeplant sind sie in den politischen Widerstand geschlittert und binnen einer Woche daran gewachsen. „Das haben die Funktionäre damals nicht verstanden“, sagt Garstka.

Und dann sind da natürlich noch die Eltern, von der plötzlichen Politisierung ihrer Kinder überfordert: Stahlkocher Hermann Lemke (Ronald Zehrfeld), der sich ein besseres Leben für Theo wünscht. Und der Stadtratsvorsitzende Hans Wächter (Max Hopp), dem Kurt keine Schande machen soll. Rückendeckung bekommen die Schülerinnen und Schüler nur von Pauls Onkel, dem Einsiedler Edgar (Michael Gwisdek), der auf einem heruntergekommenen Hof haust, mit anarchistischen Gedanken sympathisiert und die Jugendlichen heimlich den verbotenen Westsender RIAS hören lässt.

Regisseur Kraume, der 2016 mit dem Politthriller „Der Staat gegen Fritz Bauer“ bereits sein Händchen für Nachkriegsstoffe bewies und dafür mit dem Deutschen Filmpreis ausgezeichnet wurde, legt in 111 atmosphärisch starken und teils aufwühlenden Minuten präzise offen, wie die damals erst sieben Jahre alte DDR tickte. Wie bei vielen der Glaube an den Sozialismus als überlegenes System offenbar noch überzeugt und ungetrübt war. Oder wie sich die, deren vermeintlich makellose Biografie zu Kriegsende arge Kratzer erlitten hatte, in ein neues Leben retten wollten. Wie ganz grundsätzlich eine vom Zweiten Weltkrieg verstörte Nation versuchte, sich neu zu erfinden. Es sind die angerissenen Geschichten der auf ihre Weise ebenfalls schweigenden Eltern, die viel von Hilflosigkeit erzählen – und von dem Fundament aus Macht, Angst und Misstrauen, auf dem der ostdeutsche Staat von Beginn an basierte. Glänzen kann im Film „Das schweigende Klassenzimmer“, der seine Weltpremiere im Februar bei der 68. Berlinale feierte, auch die junge Darstellerriege. Für Dassler, dessen Figur Erik im Lauf des Films auf einen tragischen Höhepunkt zusteuert, gab es dafür bereits den Bayerischen Filmpreis. Und mag man manchmal auch denken, es seien ausreichend Geschichten über Nazi-Deutschland, die Stasi-DDR und den Kalten Krieg verfilmt worden, so zeigen Dramen wie „Das schweigende Klassenzimmer“ dann doch, wie viele Stoffe diese Zeit noch auf Lager hat – auch für die heutige Generation von Schülerinnen und Schülern.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Der Film „Das schweigende Klassenzimmer“ läuft seit dem 1. März in den Kinos.



„Bildung im Alter“ – für eine immer älter werdende Gesellschaft ein wichtiges Thema.

Foto: dpa

Fach mit Zukunft: Geragogik

// In Karlsruhe qualifiziert ein Masterstudiengang für die Bildungsarbeit mit älteren Menschen. Doch der jungen Disziplin Geragogik fehlt es an Bekanntheit – und somit an Studierenden. //

Immer stärker rückt das Potenzial der Generation 50plus in den Vordergrund, in der Wirtschaft ebenso wie in der Gesellschaft. Auch das Recht auf lebenslanges Lernen und die Gestaltung eines körperlich und geistig beweglichen Lebens in den vielfältigen Lebenslagen des Alters spielen eine immer größere Rolle. Daraus folgt: Fachkräfte mit alterspädagogischen Kompetenzen sind mehr und mehr gefragt.
Ein Schlüssel zur Weiterbildung in diesem Bereich ist die noch junge wissenschaftliche Disziplin Geragogik, die auf Fragen der Alterspädagogik spezialisiert ist. Als einzige in Deutschland bietet die Pädagogische Hochschule Karlsruhe den berufsbegleitenden Masterstudiengang „Bildung im Alter“ sowie ein Zertifikatsstudium an. Der Studiengang richtet sich hauptsächlich an Berufstätige, berufserfahrene Wiedereinsteigerinnen und -einsteiger sowie Menschen, die hauptberuflich oder ehrenamtlich im Bildungssektor oder in sozialen Berufsfeldern arbeiten. „Dazu zählen Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Diplom-Soziologinnen und -Soziologen genauso wie junge Menschen mit ganz bunten Karrieren“, umreißt Studiengangsleiterin Mechthild Kiegelmann die Zielgruppe.

Einstieg Zertifikatsstudium

Doch auch Teilnehmende wie die GEW-Fachfrau Barbara Haas, seit fünf Jahren im Ruhestand, erhalten Anregungen und Hintergrundwissen. Die 69-Jährige hatte sich 2016 für das zweisemestrige Zertifikatsstudium angemeldet. Darin stehen E-Learning und Selbstlernphasen ebenso auf dem Programm wie vier Präsenzveranstaltungen: Das Seminar „Gerontopsychologie“ gibt einen Überblick über entwicklungs-, verhaltens- und lernpsychologische Themen; „Gerontopädagogik“ vermittelt Kompetenzen zu Theorien und Methoden der Alterspädagogik. Das Seminar „Lebenslanges Lernen“ regt zur ideologiekritischen Reflexion an und ist für die praktische Bildungsarbeit nutzbar; unter dem Titel „Lebenslage, Alltag und soziale Ausstattung älterer und alter Menschen“ werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Bildungssystem behandelt. „In meinen GEW-Seminaren für Seniorinnen und Senioren sowie in den GEW-Gremien für Seniorenpolitik kann ich das Gelernte gut anwenden“, resümiert Haas, die in der GEW Baden-Württemberg Fachbereichsleiterin für Seniorenpolitik ist. Nach erfolgreicher Abschlussprüfung erhalten die Teilnehmenden ein Zertifikat (Certificate of Advanced Studies, CAS). „Das Zertifikatsstudium dient auch als Schnupperkurs für diejenigen, die nicht gleich ein Masterstudium absolvieren wollen oder können“, erklärt Kiegelmann. Regelstudienzeit für den Master „Bildung im Alter“ sind vier Semester; Voraussetzung ist ein erster akademischer Abschluss.

Studierende willkommen!

Obwohl der Bedarf an Fachkräften da ist und die Berufsperspektiven gut sind, hat der Studiengang noch zu wenig Studierende, um ihn finanzieren zu können. Im vergangenen Oktober startete der vierte Jahrgang – mit je zehn Studierenden im Master- und Zertifikatsstudiengang. Die Gründe für den verhaltenen Start liegen für Kiegelmann auf der Hand: „Es hakt, weil uns die Kapazitäten für Werbung fehlen, und wir zu wenig bekannt sind. Außerdem ist die Höhe der Studiengebühren für den Master ein Hindernis für viele Interessierte.“ Der Masterstudiengang kostet pro Semester 1.600 Euro, das Zertifikatsstudium 1.200. „Im Vergleich zum Weiterbildungsmarkt ist das zwar ein Schnäppchen. Aber wer nicht so viel verdient, kann sich das nicht leisten“, betont die Leiterin. Sie versuche auf verschiedenen Wegen, die finanziellen Hürden zu senken Das sei nicht einfach, denn: „Studiengebühren sind auch ein politisches Thema.“

Andrea Toll,
freie Journalistin

Weitere Infos: www.ph-karlsruhe.de/wbildung/angebotsbersicht/erwachsenenbildung/masterstudiengang-bildung-im-alter/ (Masterstudiengang)
www.ph-karlsruhe.de/wbildung/angebotsbersicht/erwachsenenbildung/weiterbildungszertifikat-cas-geragogik/ (Zertifikatsstudium)

Fair handeln lernen

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Faire Schülerunternehmen sensibilisieren Jugendliche für einen gerechten Handel ohne Kinderarbeit und Ausbeutung. Doch wie gründet man am besten eine faire Firma? Worauf müssen Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte achten? //

Wenn es zur großen Pause klingelt, ist die Ess-Bar der Limesschule schnell von Schülerinnen und Schülern umgeben. Der Pausenverkauf von „Snack Attack“, der Schülerfirma, ist ein beliebter Treffpunkt: Fair gehandelte Cola, Maniok-Chips, Schokoladenriegel oder Nüsse kommen bei den Haupt- und Realschülern im hessischen Idstein gut an.
Die Verkäufer – Neunt- und Zehntklässler – arbeiten in Schichten. Rund 2.000 Euro Umsatz macht „Snack Attack“ im Jahr. „Das ist relativ gering“, sagt Lehrer Björn Vinx. „Aber darum geht es auch nicht – sondern darum, dass sich die Kinder und Jugendlichen mit den Themen Fairer Handel und Kinderarbeit auseinandersetzen.“ Zu erfahren, wie minimal der Anteil eines 120 Euro teuren Nike-Turnschuhs ist, der in den Produzentenländern bleibt, „macht fast jeden Schüler betroffen“.

Produkte ohne Kinderarbeit

Über Schülerfirmen sollen die jungen Leute schon früh Wirtschaftskreisläufe verstehen lernen sowie selbst Geschäftsideen entwickeln und umsetzen. Die einen verkaufen Pausenbrote, betreiben ein Schulcafé oder machen Catering. Andere bedrucken T-Shirts, stellen Werbeartikel her, geben Computerkurse für Senioren oder halten als Bio-Imkerei Bienen. Viele Schülerfirmen widmen sich bewusst dem Thema Fairer Handel. Sie vertreiben ausschließlich Produkte ohne Kinderarbeit. Diesen Trend beobachtet auch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS). Sie berät Schülerfirmen und schreibt auf ihrer Homepage: „Wir alle müssen daran denken: Mein heutiges Handeln hat Einfluss auf das Leben meiner Kinder und auf das Leben von Menschen in anderen Weltregionen.“
Das ist auch das Credo von Richard Schnegelsberg. „Wir sind durch die Schülerfirma einfach noch stärker für Probleme wie unfaire Handelsbeziehungen und Kinderarbeit bei der Herstellung unserer Alltagsgüter sensibilisiert worden“, sagt der 16-Jährige. Er ist Mitglied der „Fair-Trade-Company Knechtsteden“, der Schülerfirma des Norbert-Gymnasiums (NGK) der Stadt. „Vieles wussten wir schon“, sagt seine Mitschülerin Anne Gerl. „Und doch haben uns die schlechten Bedingungen in der Produktion von Lebensmitteln oder IT geschockt – auch, weil viele dieser jungen Arbeiter nie eine Schule besuchen können.“ Vor solchen Missständen, sagt die 18-Jährige, „kann keiner die Augen verschließen“.
Zuerst hat das Team des NGK einen FAIR-o-mat aufgestellt: einen Snackautomaten, in dem nur fair Gehandeltes

Foto: Gilbert Geister

Viele Schülerfirmen, über die junge Leute schon früh Wirtschaftskreisläufe verstehen lernen sollen, widmen sich dem Thema „Fairer Handel“. So auch die „Fair-Trade-Company Knechtsteden“ des Norbert-Gymnasiums der Stadt, bei der sich Richard Schnegelsberg (Foto) engagiert. Die Schülerfirma hat sich für den „Fairtrade Award 2018“ qualifiziert und fährt jetzt zum Finale nach Berlin.

Infos für faire Schülerfirmen

- Schülerfirmennetzwerk, Beratung, Qualitätssiegel, Unterrichtsmaterial der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung: www.fachnetzwerk.net
- Netzwerk und Materialien: Plattform www.nasch-community.de der FU Berlin
- Gründungstipps: www.fairtrade-schools.de
- Praxistipps des Bundeswirtschaftsministeriums: www.unternehmergeist-macht-schule.de
- Beispiele für Regelwerke, Vereinsstruktur oder Formulare: www.rs1-schuelerfirma.de
- Handbuchmodul des Weltladen-Dachverbands zur Zusammenarbeit von Weltläden und Schülerfirmen mit Checkliste für faire Schülerfirmen: www.weltladen.de
- Weitere Infos: www.forum-fairer-handel.de/mitmachen/aktiv/in-der-schule/, www.schuelerfirmen.com, www.carpus.org, www.servicestelle-schuelerfirmen.de, www.nasch21.de, http://nachhaltige-schuelerfirmen.de

M.H.

steckt. Dann über die Cafeteria faire Pfefferminzbonbons verkauft. Inzwischen hat die Schülerfirma ihren eigenen Fairtrade-Kaffee auf den Markt gebracht. Diesen „Knechtsteden Café“ verkauft sie auch im Weltladen in Dormagen oder in der Touristeninfo, getrunken wird er zudem bei einigen Gastronomen und während der Stadtratssitzungen.

Wichtig sei, dass die Schülerinnen und Schüler „ohne den erhobenen moralischen Zeigefinger“ agieren, findet Lehrer Vinx von „Snack Attack“. „Wir halten den Jugendlichen ihren Konsum nicht vor, aber wir reden mit ihnen darüber, wie Lieferketten oder Handelsbeziehungen aussehen und was die sozialen Folgen sind.“ Das, sagt er, „kann und muss Schule leisten“.

Die Initiatoren einer Schülerfirma sollten das Projekt gut planen. Gründung und kontinuierliche Begleitung sind zeitaufwändig. Vielerorts fehlten Beraterinnen und Berater, die den Schülern bei unternehmerischen Fragen zur Seite stehen, kritisiert die DKJS. Zu klären sei etwa, wen die jungen Menschen mit an Bord nehmen wollten, etwa aus der Privatwirtschaft. Was mit dem Gewinn geschieht. Dieser liegt im Falle der Idsteiner Limesschule bei etwa 5 bis 10 Prozent. „Davon kaufen wir Plakate und Unterrichtsmaterial“, sagt Lehrer Vinx. Auch die Macher von „Snack Attack“ haben sich im Vorfeld gut informiert. „Ein Anwalt hat uns beraten, was juristisch zu beachten ist – die Schüler sind ja minderjährig und nehmen nicht wenig Geld in die Hand“, gibt Vinx zu bedenken. „Wichtig ist zudem, Eltern und Schulleitung mit ins Boot zu holen – auch, um sich abzusichern.“ Hat bei der Verpflegung an der Schule ein privater Anbieter das Verkaufsmonopol, kann es für eine faire Schülerfirma schwierig werden.

Die Waren beziehen die Fair-Trade-Schülerfirmen über Importeure wie El Puente, dwp oder Gepa sowie über Weltläden. Neun von zehn Weltläden arbeiteten mit Jugendgruppen und Schulen zusammen, so Saskia Führer vom Weltladen-Dachverband. Der Verein bietet auch Hintergrundmaterial für den Start eines Schul-Weltladens an, vernetzt Schulen und Weltläden vor Ort.

Beim Einkauf der Produkte sollten die Schülerfirmen unbedingt auf seriöse soziale Siegel der Anbieter achten, rät Stefan Niethammer, Geschäftsführer von 3Freunde – seine Firma liefert fair erzeugte Shirts und Kapuzen-Pullis an viele Schülerfirmen. Wichtig sei, dass Schülerfirmen auch darauf achten, dass die Finanzierung der von ihnen gekauften und dann weiterverkauften Produkte gesichert ist – etwa über einen Förderverein, so Niethammer: „Dann passiert es auch nicht, dass eine Schülerfirma auf T-Shirts sitzenbleibt, weil sie 200 bestellt hat, aber nur 100 verkaufen konnte – und die Mehrkosten tragen muss.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 03/2018

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Foto: Hauptpersonalrat-Förderschulen Düsseldorf

Der Personalräte-Preis 2017 in Silber ging an den Hauptpersonalrat (HPR) für Lehrkräfte an Förderschulen und Schulen für Kranke in Düsseldorf. Ausgezeichnet wurde der HPR für eine Dienstvereinbarung zur digitalen Plattform LOGINEO NRW.

„Wir waren der Motor!“

// Für eine Dienstvereinbarung zur Digitalisierung von Schulen wird ein Hauptpersonalrat in Nordrhein-Westfalen (NRW) mit dem „Deutschen Personalräte-Preis“* in Silber geehrt. //

„Das war ein befriedigendes Gefühl, als wir dieses große Ding gestemmt hatten“, betont Gaby Dietz. Sie ist Vorsitzende des Hauptpersonalrats für Lehrerinnen und Lehrer an Förderschulen und Schulen für Kranke in Düsseldorf. Die 59-Jährige erinnert sich an acht Verhandlungsrunden, zahllose Arbeitstreffen und intensives Aktenstudium. Im April 2017 lag das Ergebnis vor: eine Dienstvereinbarung, mit Anlagen 50 Seiten stark, die Einführung, Nutzung und Weiterentwicklung von LOGINEO NRW** regelt.

LOGINEO NRW ist eine digitale Plattform für alle Schulformen in Nordrhein-Westfalen. Sie soll Schulleitungen und Lehrkräften künftig helfen, den E-Mail-Verkehr, den Austausch von Daten, das Kalender-Management und den Zugriff auf digitale Lernmittel zu organisieren und rechtlich auf stabile Grundlagen zu stellen. „Unser Ziel war, Lehrkräfte vor Mehrbelastung und Arbeitsverdichtung zu schützen“, erklärt GEW-Mitglied Dietz. Die Dienstvereinbarung regelt etwa, wann Lehrkräfte verpflichtet sind, dienstliche E-Mails zu lesen. „Wer in Teilzeit unterrichtet und Donnerstag und Freitag regelmäßig nicht in der Schule ist, muss eine E-Mail erst am Montag zur Kenntnis nehmen“, so die 59-Jährige. Diese Regelung orientiere sich an den Verfahren für das Postfach im Lehrerzimmer. „Welche Mitteilungen dort liegen, kann die Kollegin ja auch erst sehen, wenn sie in der Schule ist“, ergänzt Ulrich Benus, 63 Jahre, Hauptpersonalratskollege von Dietz.

Die Dienstvereinbarung regelt zudem, dass Lehrkräfte auf ihrem privaten Smartphone oder Tablet nur bestimmte, freigegebene Schülerdaten verarbeiten dürfen – und dies auch nur, wenn die Geräte bestimmte Bedingungen erfüllen. So muss beispielsweise immer die neueste Virenschutzsoftware aufgespielt sein. Behandelt wurde zudem die Frage, wie jene zu entlasten sind, die LOGINEO NRW in den Schulen verwalten und warten. „Das machen ja keine IT-Fachleute von außen, das machen Lehrerinnen und Lehrer“, unterstreicht Dietz. „Darum haben wir lange um eine angemessene Entlastung für diese Lehrkräfte gerungen.“ Mit Erfolg: Die Dienstvereinbarung sieht vor, dass Lehrkräfte, die als IT-Administratoren tätig sind, eine Stunde pro Woche weniger unterrichten müssen. Diese Entlastung sei jedoch „viel zu wenig“, räumt die 59-Jährige ein. Hauptpersonalrat und Schulministerium einigten sich deshalb, die tatsächliche Arbeitszeit für die Verwaltung von LOGINEO NRW extern evaluieren zu lassen. Untersucht wird zudem, wie sich die IT-Plattform auf die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte auswirkt. Und wie viele PCs und mobile Endgeräte pro Schule nötig sind, um LOGINEO NRW nutzen zu können.

Der Startschuss für die Verhandlungen fiel im Juni 2015: Das NRW-Ministerium für Schule und Weiterbildung legte erste Vorlagen zur Mitbestimmung vor. Daraufhin stieß der Hauptpersonalrat für Förderschulen und Schulen für Kranke die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft an. Der gehörten alle für NRW-Schulen zuständigen Hauptpersonalräte an. „Wir waren der Motor!“, betont GEW-Mitglied Benus. Die AG gewann als sachkundigen Berater Klaus Hess von der Technologie-Beratungsstelle NRW (TBS NRW). Der hatte bereits andere Personalräte im öffentlichen Dienst begleitet, die Prozessvereinbarungen aushandelten. Träger der TBS NRW sind die Gewerkschaften und das NRW-Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

Was von der Zeitschrift „Der Personalrat“ (Bund-Verlag) und dem Versicherungsunternehmen HUK-Coburg mit dem „Deutschen Personalräte-Preis in Silber“ ausgezeichnet wurde, dient nun anderen als Richtschnur. „Ende Januar rief der Hauptpersonalrat des Landes Berlin bei uns an“, berichtet Dietz: „Die Kolleginnen und Kollegen planen, zu Homeoffice und zur Nutzung privater Geräte zu verhandeln. Sie fragten nach Unterlagen aus Nordrhein-Westfalen.“ Der Düsseldorfer Hauptpersonalrat half gern.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***Infos und Teilnahmebedingungen zum „Deutschen Personalräte-Preis 2018“ unter: www.bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis/erfolgreich-bewerben**
****Bildungsportal NRW zu LOGINEO NRW: www.logineo.schulministerium.nrw.de**

250 Euro mehr!

(E&W 9/2017, Seite 4, AeB: „Krankenversicherung für Rentner mit Kindern“)

Euer Hinweis sollte nochmals gewürdigt werden. Dank digitalem Archiv gelang mir sehr schnell die Umsetzung; es gibt bestimmt noch viele betroffene Mitglieder, die früher – wie ich – zeitweise selbstständig arbeiteten; diese können pro Kind drei Jahre Vorversicherungszeit anerkannt bekommen und somit in die Pflichtversicherung wechseln – statt der teuren freiwilligen Versicherung in der Krankenversicherung der Rentner. Bezugsrahmen ist die zweite Hälfte der Lebensarbeitszeit. Mein Vorteil: 250 Euro/Monat! Das müsste nicht so hoch sein, ist aber eine Folge des Einbezugs der Pension meiner Frau.

Herbert Häußer, Wessin

Zu viel Gemäkel

(E&W 10, 11, 12/2017 und 1/2018 zum Thema „Seiteneinsteiger – Integration statt Ausgrenzung!“)

In den jüngsten E&W-Ausgaben war eine ganze Litanei zu lesen, was es alles an Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern zu mäkeln gibt: ohne Lehramtsausbildung, Examen, didaktische und pädagogische Ausbildung, kein dies und ohne das. Viele würden aus prekären Beschäftigungsverhältnissen kommen, alsbald in Elternzeit gehen, mit dem Schulalltag nicht klarkommen, schon bald unter Überlastungserkrankungen wie Hörsturz oder Stimmbandentzündung leiden, viel Zeit von routinierten Kollegen binden, häufig früh kapitulieren und nicht über die Probezeit hinauskommen. Es ist unglaublich, wofür Seiteneinsteiger alles herhalten müssen.

Lassen wir bitte die Kirche im Dorf. So sind es beispielsweise nicht die Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger, sondern voll ausgebildete Lehrkräfte, für die Seiteneinsteiger einspringen, um Lücken bei der Unterrichtsversorgung wegen Mutterschaftsurlaub und Elternzeit zu schließen. Und es sei erwähnt, dass es in erster Linie die Amtslehrer sind, die ständig über Überlastungen und jedes Quäntchen Mehrarbeit klagen und lamentieren und mit viel Akribie Überlastungsanzeigen, Brandbriefe und offene Briefe verfassen.

In ihrer Art, Seiteneinsteiger pauschal zu diskreditieren und abzuurteilen, werden viele Amtslehrer und Personalräte bestärkt durch die mächtige GEW, in der vermutlich kein einziger Seiteneinsteiger als Funktionär die Interessen der zahlreichen Seiteneinsteiger wahrnimmt. So warnt GEW-Vize Andreas Keller vor Dumping, Vorstandsmitglied Ansgar Klinger lässt wissen, dass es nicht zu einer Aushöhlung des originären Lehramts kommen dürfe. Getoppt wird das von einer Aktion der stellvertretenden Vorsitzenden der GEW Hessen, Karola Stötzel, bei der Elternbeiräte schriftlich aufgefordert sind, die Zahl der von Seiteneinsteigern geleisteten Unterrichtsstunden festzuhalten. Für jeden Seiteneinsteiger ist das eine schallende Ohrfeige.

Jürgen Kotschenreuther, Kelkheim

Fachpraktiker nicht vergessen!

(E&W 11/2017, Seite 25 ff.: Hintergrund „JA13“)

Völlig konform gehe ich mit den GEW-Forderungen für A13/E13 für alle Lehrkräfte. Sehr schön, dass diese Forderungen bundeslandübergreifend formuliert und in Angriff genommen werden oder bereits durchgesetzt wurden.

Allerdings wird konsequent eine Lehrkräftegruppe vergessen: die Fachpraxislehrkräfte oder auch Lehrkräfte für arbeitstechnische Fächer (die Bezeichnungen unterscheiden sich ja nach Bundesland).

Wir unterrichten an berufsbildenden Schulen den fachpraktischen Unterricht. Wir haben eine Berufsausbildung, den Abschluss als Meisterinnen oder Meister, Technikerinnen oder Techniker, eine Menge Berufserfahrung; und absolvieren für den Schuldienst ein Referendariat. Die Besoldung ist nach Bundesland ganz unterschiedlich geregelt; in Niedersachsen etwa nach A9 bei 27,5 Unterrichtsstunden, in Hessen gilt A11 bei 26,5 Unterrichtsstunden. Meine Theoriekolleginnen und -kollegen sind sehr erstaunt über diese ungleiche Bezahlung. Wir machen die gleiche Arbeit mit der gleichen Schülerklientel. Und sie verdienen A13!

Fest steht, dass die fachpraktischen Lehrkräfte in allen Bundesländern die am schlechtesten bezahlte Lehrkräftegruppe sind. Es stünde der GEW gut an, sich auch bei dieser Gruppe für eine höhere Besoldung einzusetzen! Auf einer GEW-Bundesfachtagung im März in Frankfurt wurden diese Forderungen benannt.

Sonja Weiß, Hude

Nähere Informationen zum Thema „Fachpraxislehrkräfte: Bundesfachtagung, Besoldung, Unterrichtsverpflichtung, Arbeitsbedingungen“ sind auf der Homepage der AG Fachpraxislehrkräfte in Niedersachsen, Bezirk Weser-Ems, zu finden: https://gewweserems.de/blog/category/fachgruppe/fg-fachpraxis/

Wer versteht „krks“?

(E&W 11/2017, Seite 48: „Diesmal“)

Ist die GEW eine Gewerkschaft für alle in der Altersklasse „45plus“? Nur Angehörige dieser Jahrgänge dürften die Karikatur „Die alte Leier der KMK“ verstehen. Alle Nachgeborenen sind schon digitalisiert aufgewachsen und kennen einen Plattenspieler nur noch vom Besuch bei der Oma. Aber ob sie was mit „krks“ anfangen können?

Werner Munk, Berlin-Lankwitz

Über Ansprüche aufklären

(E&W 12/2017, Seite 6 f.: „Vollzeitjob“ und „Ein paar Semester mehr“)

Mich wundert, dass offenbar noch immer Studierende unter dem Hartz-IV-Satz leben. Vielleicht fehlt es an Aufklärung über mögliche Ansprüche. Studierende dürfen seit August 2016 nicht mehr schlechter gestellt werden als Empfänger von ALG II und bekommen zum BAföG oder Unterhalt aufstockende Leistungen vom Jobcenter. Arbeiten nebenher ist also nicht mehr zwingend

nötig, wenn zu wenig reinkommt. Dieses Wissen könnte einiges an Stress reduzieren. Ein Artikel dazu könnte wirklich helfen.

Myrna Weckmüller, Aachen

Mit anderen Augen

(E&W 12/2017, Seite 36: „Schule ist behindert“)

Alle vier Kinder aus dem Film „Schule, Schule“ haben auf ihrem weiteren Bildungsweg schmerzliche Erfahrungen machen müssen. Immerhin hat die Grundschulzeit in Bergfidel ihnen einiges mit auf den Weg gegeben, das ihnen geholfen hat, die ausgrenzende gesellschaftliche Wirklichkeit zu reflektieren. So verstanden ist der Gedanke, den die Autorin den Zuschauerinnen und Zuschauern in den Kopf schreibt – „Inklusion ist nur zielführend, wenn sie konsequent umgesetzt wird“ – nicht mein Gedanke.

Hätte Samira, wenn sie in der Grundschulzeit nicht ermutigt worden wäre, die Fähigkeit, zu sich selbst zu stehen? Oder würde sie, wie von ihr als Mädchen erwartet, lange Haare tragen und die Fehler bei sich suchen? David ist an der Ablehnung durch das Gymnasium nicht zerbrochen. Er hat sich entlang seiner Stärken entwickelt, ein Stück für die Schulaufführung komponiert und wird seinen Weg gehen. Jakob wirkt selbstbewusst und keineswegs lebensuntüchtig. Er hat gute Voraussetzungen erlangt für ein selbstbestimmtes Dasein anstelle lebenslanger Bevormundung.

Hätte Anita den Hauptschulabschluss geschafft, wenn sie nicht auf sich selbst vertraut hätte? Hätte sie diesen beeindruckenden autobiografischen Text schreiben können, wenn sie nicht in ihrer Grundschulzeit angenommen worden wäre, wie sie ist? Sie arbeitet „nur“ in einer Hamburger-Braterei, aber vielleicht macht sie später auch noch eine Lehre oder etwas anderes? Zählt denn wirklich nur, wer Ärztin, Journalistin, Lehrerin oder Anwalt wird? Ist nicht ein glückliches Leben auch mit einer anderen Perspektive denkbar? Der Optimismus ist vorbei, heißt es in der Filmbesprechung. Nein, wirklich nicht. Ich habe den Film mit anderen Augen gesehen und kann ihn nur allen empfehlen, die Lust an pädagogischer Arbeit, Entwicklung und Veränderung haben.

Und: Gerade die Anforderungen durch die UN-Behindertenrechtskonvention sind es, durch die unsere Schulen besser werden können. Die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems macht die Arbeit schwer. Das war leider schon immer so und ist nicht Flüchtlingen oder der Inklusion zuzuschreiben. In der pädagogischen Entwicklung ist hingegen einiges in Bewegung gekommen. Wo stünden wir, wenn wir uns ausschließlich an den von den Kultusministern als Jahrhundertprojekt gepriesenen Bildungsstandards orientieren würden? Was würden wir Schulleistungsstudien, der geforderten Vergleichbarkeit und der fortschreitenden Ökonomisierung des Bildungssystems entgegensetzen?

Susanne Hoeth, Frankfurt am Main

Wenig Aufbruchstimmung

(E&W 12/2017, Seite 36: „Schule ist behindert“ und Leserforum, Seite 46: „Schulreform ohne Konzepte“)

Aus einer gewissen Distanz als Rentner nehme ich nun doch einmal zum leidigen Thema Inklusion Stellung. Auf mehreren Tagungen und Zusammenkünften habe ich viel zähes Hin und Her und nur wenig Aufbruchstimmung wahrnehmen können. Dabei ist aus vielen Beispielen bekannt, dass Inklusion gelingen kann, dass es viele Formen der Realisierung gibt. Auch muss an die Schulen erinnert werden, die den Deutschen Schulpreis erhalten – auch bei ihnen lassen sich die altbekannten Faktoren erkennen, die ein förderliches Schulleben aufweist.

Im Hinblick auf den Leserbrief zwei Punkte. Zum einen: „Die“ Inklusion gibt es Gott sei Dank nicht. Zum anderen bestand und besteht die Gemeinsamkeit im Unterricht nicht in der Gleichartigkeit der Lernprozesse, die nie oder nur annähernd gegeben ist. Das Inklusionsproblem ist größer als meist zur Sprache kommt: Die Kompetenz von Förderlehrkräften in der Regelschule wird nicht nur für Kinder gebraucht, die schon vor Schuleintritt oder seit der Grundschule als besonders förderbedürftig eingestuft wurden. Hinzu kommen alle, die sich aufgrund besonderer Problemlagen ständig am „unteren“ Ende der Lerngruppen herumquälen und die notwendige Zuwendung und Förderung bisher nicht bekommen können. Es fehlt an Lehrkräften, die die notwendige Zeit und Ruhe erhalten, damit sie über lange Zeiträume konstant, verlässlich und hartnäckig für diese Kinder und Jugendlichen da sind. Die Vorstellung von einem Ziel in den Fächern für alle ist in Inklusionsklassen obsolet. Mit 52 Kindern in der Klasse fing ich einmal an. Und auch mit den dann als erfreulich empfundenen 30, die alle ohne Ausnahme individuelle Zuwendung brauchten, auch die „Guten“, war dies nicht zu erreichen. International wie aus meiner Erfahrung scheint eine Gruppengröße von 14 für Inklusion durchaus machbar zu sein, dazu Fachkräfte für Fächer, Lern- und Sozialprobleme. Da fängt die Arbeit der GEW an, wenn sie denn von den Mitgliedern gewollt und unterstützt wird.

Ulrich Hain, Gießen

Fairer als fair

(E&W 12/2017, Seite 40 f.: „Faire Weihnachten!“)

Herzlichen Dank für den Artikel. Ergänzend hierzu ist das Angebot von fairafric (www.fairafric.com) zu nennen. Das ist noch fairer als fair, da die gesamte Bio-Herstellung von Schokolade in Ghana von Ghanaern geschieht. So bleibt die Qualifikation zur Verarbeitung der eigenen Früchte dort, wo sie hingehört und zu Zeiten war, als der weiße Mann noch nicht auf Raub ausging. Und es ist ein Anfang zur Bildung eines Mittelstandes im Land.

Hanna Leinemann, Kiel

Ein Skandal!

(E&W 12/2017, Seite 42: „Hochqualifiziert, prekärer Job“)

Der Artikel nennt die Fakten – das ist gut. Hier noch einige Ergänzungen, um die skandalöse Situation zu verdeutlichen, am Beispiel von Lehrkräften in Maßnahmen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördert werden: Integrationskurse, Alphabetisierungskurse für Erwachsene, Maßnahmen „Deutsch Beruf“ etc.

Seit Einführung der Integrationskurse sind wir für das BAMF tätig – im Auftrag von privaten Sprachschulen, Volkshochschulen, AWO und ähnlichen Trägern. Der eigentliche Auftraggeber ist in jedem Fall das BAMF – also eine Bundesbehörde. Um in diesen Kursen zu unterrichten, ist neben einer akademischen Ausbildung und Zusatzqualifikationen ein „BAMF-Zertifikat“ notwendig. Im Auftrag des BAMF sorgen wir dafür, dass Migrantinnen und Migranten Deutsch lernen, bringen ihnen deutsche Geschichte und Kultur nahe, vermitteln die Grundwerte unserer Demokratie und unseres Sozialstaats sowie das Bildungs- und berufliche Ausbildungssystem. Wir erklären den Neuankömmlingen in Deutschland das Solidaritätsprinzip der Sozialversicherungen.

Die himmelschreiende Absurdität ist: Wir selbst sind eben nicht sozialversichert, sondern werden mit Honorarverträgen abgespeist, obwohl wir in Betriebsabläufe eingebunden sind und Weisungen des jeweiligen Kursträgers befolgen müssen. Wir sind keineswegs „frei“ in der Gestaltung unseres Unterrichts! Wir bekommen im Moment ein Honorar von 35 Euro für die gehaltene Unterrichtseinheit. Damit sind auch abgegolten: Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Erstellung und Korrektur von Tests und Beurteilungen, Teilnahme an Konferenzen, Fahrtkosten. Fortbildungen müssen wir in unserer Freizeit absolvieren. Es gibt keine Garantie, dass wir nach Ablauf eines Kurses in einem weiteren eingesetzt werden. Wir können von heute auf morgen auf der Straße stehen. Wir schleppen uns auch krank zur Arbeit, denn sonst bekommen wir keinen Cent. Wir nehmen wenig Urlaub, denn der ist unbezahlt. Über Feiertage freuen wir uns nur verhalten: Sie schmälern das monatliche Einkommen. Und es gibt auch keinerlei Absicherung während Schwangerschaft und Erziehungszeit. Wir müssen unsere soziale Absicherung zu 100 Prozent alleine tragen! Das ist einfach nicht machbar. Wir steuern geradewegs auf Altersarmut zu. All dies – wohlgemerkt – im Auftrag und mit Wissen der Bundesregierung. Dies ist ein Skandal! Wir fordern eine Festanstellung in Anlehnung an die Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. Denn wir arbeiten für den Staat, für unser Land, dafür, dass Integration gelingen kann.

Irmentraud Schlaffer, Paderborn

Pro Förderschulen

(E&W 12/2017, Seite 46, Leserforum: „Schulreform ohne Konzepte“)

Meine Gratulation an Adelheid Wilhelm-Sprondel zu ihren gelungenen Zeilen. Hoffentlich finden sie weithin Gehör. Die Abschaffung der Förderschulen halte auch ich nicht für sinnvoll.

Sebastian Zschernig, Pirna

Alarmierende Bilanz

(E&W 1/2018, Seite 10: „Ganztagsschule im Realitätscheck“)

So wie ich die einzelnen Aspekte der Bilanz verstehe, bin ich alarmiert. An weiterführenden Schulen gebe es Lern- und Förderangebote, die viele Schülerinnen und Schüler nötig hätten, die aber nur von wenigen wahrgenommen werden. Das wirft die Frage auf, warum man die Teilnahme der Förderbedürftigen an den -angeboten nicht zur Pflicht werden lassen kann. Sportliche und kreativ-kulturelle Angebote werden genutzt, und in diese Bereiche wird sicherlich auch viel investiert. Warum ist das angesichts einer vielfältigen Vereinslandschaft in vielen Regionen nötig? Nebenbei bemerkt beklagen die Vereine aufgrund der Zunahme der Ganztagsschulen oft eine hohe Fluktuation.

Das Ganztagsangebot, das überwiegend von bildungsfernen Familien genutzt wird, führt zu keinem nachweisbaren Lernzuwachs im Vergleich zu jenen, die es nicht nutzen, aber es gibt positive Auswirkungen auf das soziale Lernen. Soziales Lernen, wie genau definieren wir das? Und wie wurde es gemessen? Sind das die Ergebnisse, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland gerecht werden? Sozial geschulte Menschen, die zwar Defizite beim Lesen, Schreiben und Rechnen, dafür aber Spaß in der Schule hatten, motiviert waren und weniger Klassen wiederholt haben? Vielleicht gilt es als Erfolg, wenn in manchen Gegenden die Kinder nicht vor ihrer Playstation versumpfen, weil die dafür Verantwortlichen keine Grenzen aufzeigen oder die Verantwortung dafür abgegeben haben. Dann sollte man das aber klar aussprechen: Es geht um reine Schadensbegrenzung. Und man sollte sich endgültig entscheiden, ob es um ein reines Betreuungs- oder um ein Bildungsangebot geht, das auch tatsächlich die Bezeichnung „Schule“ verdient hätte.

Stefanie Bürkle, Sinzheim

Gönnerhaft! (I)

(E&W 1/2018, Seite 46, Leserforum: „Einseitige Tarifpolitik“)

Ich glaube, die Diskussion, ob eine Grundschultätigkeit weniger Arbeitsbelastung beinhalte als z.B. die Lehrtätigkeit im Gymnasialbereich und daher keine gleichwertige Bezahlung rechtfertige, wird zu keinem befriedigenden Ergebnis führen. Grundschule, Förderschule, Gymnasium, Oberschule … – alle Lehrtätigkeiten unterliegen unterschiedlichen Anforderungen, ob bei der Vorbereitung, den Korrekturen oder der nervlichen Belastung, wenn ich z. B. viele Integrationskinder mit verschiedenen Krankheitsbildern habe. Selbst innerhalb einer Schulart ist der Aufwand von Fach zu Fach unterschiedlich, z. B. Korrekturen in Englisch und Deutsch im Vergleich zum Sportunterricht oder Aufgaben im Technikbereich. Der Klassenleiter hat wesentlich mehr Aufwand als eine „einfache“ Fachlehrkraft ohne eigene Klasse. Und so manche Oberschullehrkraft war nach zehn Minuten „am Ende“, wenn sie vertretungsweise in Klasse 1 das Lesen einführen sollte. Der Leser schreibt, dass „es ihm übel aufstoße“, wenn es um eine Gleichstellung von Grundschul- und anderen Lehrkräften geht. Diese Wortwahl zeugt nicht von Wertschätzung. „Ich gönne den Grundschullehrern das …“ Es müssen im Bildungsbereich Möglichkeiten geschaffen werden (z. B. Abminderungsstunden bei einem hohen Korrekturaufwand), um unterschiedliche Belastungsschwerpunkte gerecht zu regeln. Die Kultusminister sind in der Pflicht, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken und gleichzeitig nicht die Schularten gegeneinander auszuspielen. Ein Bildungsabschluss selbst sagt nichts über die Qualität

einer Lehrkraft! Ich habe mit meinem 10.-Klasse-Abschluss und vier Jahren Fachschulausbildung im Alter von 20 Jahren Schülerinnen und Schülern der 1. Klasse Lesen und Schreiben beigebracht. Wer glaubt, dass der Stress mit pubertierenden Schülern größere Anforderungen als die Arbeit im Grundschulbereich darstelle, irrt sehr – ich empfehle eine Hospitation an einer Grundschule. Da ich inzwischen 25 Jahre an der Oberschule (zwei nachgeholte Abschlüsse, berufsbegleitend) arbeite, kenne ich beide Seiten und trete entschieden für „die 13“ ein.

Ines Herrmann, Dresden

Gönnerhaft! (II)

Es ist ja nett, dass der Kollege den Grundschullehrkräften ein höheres Einkommen gönnt. Er schätzt seine Arbeitsbelastung in der Oberstufe größer ein als die von Grundschullehrkräften. Für eine höhere Zahl an Korrekturen und Vorbereitung des naturwissenschaftlichen Unterrichts wäre ein geringeres Deputat natürlich sinnvoll. Dass Unterricht in der Oberstufe fachlich mehr wert sein soll als Unterricht in der Grundschule zeigt: Er hat von der Arbeit der Grundschullehrkräfte anscheinend keine Ahnung. Sind individuelles Lernen, differenzierte Lernarrangements, Umgang mit höchst heterogenen Klassen, anspruchsvolle Beratungsgespräche, aufwendige Diagnostik, ein hohes Maß an Empathiefähigkeit usw. weniger wert als seine Arbeit? Ich verfüge sowohl in der Grundschule wie auch in der Sekundarstufe sowie in der Lehrkräfteausbildung über Erfahrung. Deshalb kann ich sagen, dass sechs Unterrichtsstunden in der Grundschule äußerst kräftezehrend sein können. So viel zum Thema „Stress vermeiden“ und in der Grundschule unterrichten. Vielleicht könnte der Kollege mal in einer Grundschule hospitieren, bevor er sich in dieser Weise äußert.

Christina Piscol, Herrenberg/Gärtringen

Zu kurz gedacht

Lieber Kollege, es heißt ja „Bildung. Weiter denken!“. Und so finde ich, Ihre Gedanken als Gymnasiallehrer zur GEW-Tarifpolitik greifen zu kurz. Ich bin zwar keine Sportlehrerin, aber ich schätze die Arbeitsbelastung geringer ein als z. B. bei einer Deutsch- oder Geschichtslehrkraft. Daher bin ich der Meinung, dass Sportlehrkräfte geringer entlohnt werden sollten, da es sonst zu einer indirekten Schlechterstellung der Fächer Deutsch und Geschichte käme. Gerade Sie als anscheinend naturwissenschaftlich bewanderter Kollege werden sich der Evidenz meiner gerade gezeigten Argumentation bestimmt nur schwer entziehen können. Und was die Grundschule angeht: Lesen und Schreiben zu lehren, ist tatsächlich fachlich sehr anspruchslos und keine Kompetenz, die mit entsprechender Bezahlung honoriert werden müsste.

Aber mal im Ernst: Findet sich in Ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis wirklich niemand, der Ihnen glaubhaft vermitteln kann, warum Grundschullehrkräfte es nicht einfacher haben?! Vielleicht könnte man sich, wenn schon nicht auf „gleich schwere“, immerhin auf „anders schwere“, zumindest aber auf „gleichwertige Arbeit“ einigen? „Bildung. Weiter denken!“ heißt für mich letzten Endes: A13/E13 für alle, die „am Kind“ arbeiten. Denn Deutschland hat es bitter nötig.

Juliane Kühne, Berlin

Ungerechte Bewertung

(E&W 1/2018, Seite 43, Leserforum: „Dubioser Wettbewerb“)

Der Leserbrief des Kollegen hat mich geärgert. Die „geringe“ Anzahl der Schulen, die sich beworben haben, als Beweis für mangelnde Seriosität des Wettbewerbs heranzuziehen, greift meines Erachtens zu kurz. Der Kollege war auf der Website des Deutschen Schulpreises und hat deren Kriterien für gute Schule und guten Unterricht zur Kenntnis genommen. Wenn es so wäre, dass es sich dabei – wie der Kollege meint – um Allgemeingut handelte, bräuchte das deutsche Schulsystem keinen Schulpreis.

Wir sind uns meines Erachtens an allen Schulen bewusst, dass wir uns individuell und als System weiterentwickeln müssen, wenn wir nicht nur den Herausforderungen der Gegenwart, sondern auch denen der Zukunft gerecht werden wollen. In Politik und Verwaltung muss dieser Gedanke allerdings noch sehr viel stärker ins Bewusstsein kommen und umgesetzt werden.

Das Argument, dass einige Schulen mehrere Anläufe brauchen, um erfolgreich zu sein, spricht aus meiner Sicht nicht gegen den Wettbewerb. Schließlich kümmern wir uns auch in der Schule um alle Schülerinnen und Schüler, die ihre Lernziele nicht gleich im ersten Anlauf erreichen. Ein ganz entscheidendes Kriterium des Wettbewerbs ist die Grundthese, dass „Schule in der Demokratie nur eine demokratische Schule sein kann“. Dabei geht es um gleichberechtigte Beteiligung aller im System Schule an den Entscheidungsprozessen. Ich kenne eine ganze Reihe von Preisträgerschulen. Allen gemeinsam sind Tugenden, die in hierarchischen Systemen zunehmend verkümmern:

1. die Bereitschaft, die Verantwortung für den Lernerfolg jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers selbst zu übernehmen und
2. der Mut, kreative Wege abseits der ausgetretenen Pfade zu den selbstgesteckten Zielen einzuschlagen, die dann über die individuellen Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler legitimiert werden.

Die Unterstellung, die Kolleginnen und Kollegen würden sich nur aus dem Bedürfnis nach Anerkennung bewerben, empfinde ich als ungerecht. Die Schulen leisten Herausragendes. Das System empfindet solche Schulen oft als „störend“. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass Behörde und Schulaufsicht (sic) den Fokus eher auf Kritik an Regelverstößen legen. Auszeichnungen wie der Deutsche Schulpreis machen sie weitgehend unangreifbar und geben ihnen die Chance, ungestört weiter an ihrer Qualität zu arbeiten. Letztlich profitiert das gesamte Schulsystem von diesen Schulen. Ich lade den Kollegen ein, eine dieser Schulen zu besuchen – ich bin mir sicher, dass er dann seinen Leserbrief noch einmal reflektieren würde.

Ernst Lund, Schulleiter Berufsschule a.D., Autor, Schulberater, Hamburg

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409
60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Magnet-Streifen-Abroller
8 m lang, 19 mm breit
Art. 93287-43 ~~statt 8,95 €~~ nur 3,95 €
55 % gespart nur 3,95 €
Gutschein-Code: EW2468
Artikel in den Warenkorb legen. Der Gutschein wird als prozentualer Rabatt (55,87 %) abgezogen. Gültig bis 06.04.2018.
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

das tschechische team
Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

• Berlin – Stadtführungen
• Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus
030-21805214
TRAVEL SITE
www.travelxsite.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Ihre Anzeige in der E&W
Telefon:
0201 84300-32

Nordsee/Norddeich
Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Jahn-Lederwaren

Lauter Einserkandidaten!
Lehrertaschen made by Jahn.
www.jahn-lederwaren.de

Marketinginformation

Klassenfahrt, Schüler-Austausch oder High School-Jahr.

Mit dem speziellen Reiseschutz für Schüler und Lehrer haben Sie bestens vorgesorgt. Produktqualität von Stiftung Warentest bestätigt.

Mehr Informationen unter:
www.erv.de/lehrer
Telefon: +49 (0) 894166 – 1725
E-Mail: contact@erv.de

ERV
You travel. We care.

Arbeitsmappen – SEK I – FS – GS
www.stockmann-verlag.de

Erste Hilfe.
Selbsthilfe.
brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe
Brot für die Welt

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Friesland Charter
Segeln in Friesland und auf dem IJsselmeer
Klassenfahrten auf traditionellen Segelschiffen für 8 bis 60 Personen
Eine Klassenfahrt auf einem Großsegler ist ein **einmaliges** Erlebnis: Erfahrungen im Umgang mit der Natur werden gesammelt, Kooperation und Teamgeist innerhalb der Klasse gefördert. Keine Vorkenntnisse erforderlich.
Familie Koopmans, info@frieslandcharter.nl
T: 0031-566-631604 oder 0031-6-50681864
Viele Programmvorschläge unter:
www.frieslandcharter.nl

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

Schullandheim im Nordschwarzwald
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.
AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

Diesmal

Cartoon: Freimuth Woessner

Rechnen muss man können!